

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsfrist Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltene Pettizelle 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Auf zur Reichstagswahl!

herbei! herbei!
Zur Urne, Mann für Mann!
Nehmt her die Hoffnung, die so häufig schwindet,
Den Groll, der nicht zu Worten werden kann,
Das Elend, das um euer Herz sich windet,
Und formt daraus ein Wort voll Sturmeseacht,
Ein Wort so stark wie dumpfes Wettergrollen,
Und laßt es wuchtig in die Urne rollen,
Daß ob des Donnerhalls die Welt erwacht.

herbei! herbei!
Und nißt den Augenblick
Und wahr die Rechte, die mit euch geboren;
Verscheucht das unverdiente Mißgeschick,
Das rohe Macht auf euch herabbeschworen!
Vertreibt die Wolken, die am Himmel drohn!
Schafft freie Bahn dem nahen Völkermorgen!
Und bald wird sein ein Ende eurer Sorgen,
Und bald wird sein ein Ende eurer Fron.

herbei! herbei!
Schon leuchtet frühlingspracht,
Zu goldnen Früchten reifen eure Saaten;
Gebrochen stob des Winters finst're Macht
Und zur Erquickung grüne Fluren laden.
Es naht die Freiheit, jung und morgensön,
Drum laßt uns hurtig ihr die Heimstatt bauen
Regt euch, ihr Männer, rüftet in den Bauen,
Die junge Freiheit darf nicht wieder gehn.

herbei! herbei!
Zur Urne, Mann für Mann,
Mit stolzem Schritt und frei erhob'nem Nacken!
So selten pocht die Stunde bei euch an;
Nun heißt's, das Schicksal fest und furchtlos packen,
Erinnerung an die Zeit, die hingebraust
Und Schmach und Unrecht barg in ihren Falten,
Soll euch als Warnerin zur Seite walten:
Ein Menetekel schreibe eure Faust.

K. Sch., Brandenburg a. d. B.

Das Wirtschaftsjahr 1911.

Das nunmehr zu Ende gegangene Jahr 1911 wird mit ehernem Griffel im Buch der Weltgeschichte verzeichnet werden. Nicht mit guten Worten, wenigstens nicht von Seiten der minderbemittelten Bevölkerung. Denn das Jahr 1911 hat eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung gebracht, wie sie nicht erwartet wurde, wenn auch alle Anzeichen der Vorjahre darauf hinwiesen, daß wir bösen Zeiten entgegengehen. Das Charakteristikum des Wirtschaftsjahres 1911 ist, daß auf der einen Seite dem besitzenden Teil der Bevölkerung durch die günstige Konjunkturströme Gold zugeflossen sind, während der arbeitende Teil der Bevölkerung für seine Mühe und Arbeit eine Teuerung auf den Hals bekam, an der diese Bevölkerungsschicht lange Jahre zu tragen haben wird.

Als wir vor einem Jahr dem Wirtschaftsjahr 1910 an dieser Stelle die Nachrede hielten, konnten wir von ihm sagen, daß es in bedingtem Sinne ein Jahr des Aufschwungs zu den Höhen guter Konjunktur gewesen ist. Was für das Vorjahr bedingt zutreffend war, gilt voll und ganz für das Jahr 1911. Die Entwicklungskurve der Konjunktur dieses Jahres geht ständig in ansteigender Linie. Weinähe sämtliche Industrien, allen voran die Montan- und Großindustrie, die chemische und elektrische Industrie, sowie die Maschinenindustrie waren flott beschäftigt; auch im Bauwesen herrschte reges Leben. Für einzelne Gewerbezweige bestand allerdings auch eine ungünstige Geschäftslage; dabei handelte es sich aber meist um Gewerbe, die von der Steuerpolitik des Jahres 1910 in ungünstigem Sinne betroffen wurden. Von den großen Industrien hatte die Textilindustrie eine ungünstige Entwicklung infolgedessen, als sie fortwährend durch die starken Preisschwankungen der Rohstoffe beunruhigt wurde. In einem kurzen Ueber-

blick über die Wirtschaftslage eines Jahres ist es vollkommen ausgeschlossen, auf die Erwerbstätigkeit der einzelnen Industrien näher einzugehen; es ist uns daher nur möglich, die Punkte hervorzuheben, die die Lage am markantesten kennzeichnen. Zu diesen Merkmalen gehören die Ziffern über den Arbeitsmarkt, den Eisenbahnverkehr, den Außenhandel und anderes mehr. Die Ziffern der Arbeitsmarktstatistik gestalteten sich im Jahre 1911 nach den Berichten der deutschen Arbeitsnachweise an das „Reichsarbeitsblatt“ wie folgt. Auf je 100 offene Stellen entfielen Arbeitssuchende männlichen Geschlechts:

Monat	1910	1911	Differenz
Januar	254	196	58
Februar	229	210	19
März	182	157	25
April	166	148	28
Mai	188	144	39
Juni	165	146	19
Juli	162	141	21
August	154	142	12
September	145	133	12
Oktober	168	152	11

Der Andrang zu den offenen Stellen hat überall nachgelassen; das große Ueberangebot von Arbeitskräften, das noch im Jahre 1910 vorlag, hat sich vermindert, zwar nicht immer in gleicher Höhe, doch zeigen alle Monate einen Rückgang, der einen bemerkenswerten Ausgleich herbeiführte.

Weit besser als aus der Arbeitsmarktstatistik läßt sich die wirtschaftliche Lage des Landes aus dem Außenhandel feststellen. Zahlen für das ganze Jahr liegen noch nicht vor. Doch geben die für elf Monate vorhandenen Ziffern einen guten Ueberblick. In den Monaten Januar bis November belief sich die Einfuhr von 625,02 Millionen Doppelzentner

Waren aller Art gegen 581,46 Millionen Doppelzentner in den gleichen Monaten des Vorjahres. Die Warenausfuhr betrug 535,81 Millionen Doppelzentner gegen 485,99 Millionen Doppelzentner im Vorjahre. Die Einfuhr von Waren stieg also um 143,55 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr um 49,81 Millionen Doppelzentner. Von besonderer Wichtigkeit ist die Steigerung der Werte. Die Einfuhrwerte beliefen sich in den angegebenen elf Monaten auf acht Milliarden 901 Millionen Mark gegen 8,4 Milliarden Mark im Vorjahr; die Ausfuhrwerte betragen 7 Milliarden 426 Millionen Mark gegen 6 Milliarden 918 Millionen Mark im Vorjahr. Die Ein- und Ausfuhrwerte haben sich also gleichmäßig um rund 5 Milliarden Mark gesteigert.

Zur Beurteilung des durch den Außenhandel eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwungs ist es notwendig, den Import und Export der einzelnen Warengattungen zu betrachten. Bekanntlich ist nicht der gesamte Außenhandel von günstiger Wirkung auf den Wirtschaftsmarkt, dank unserer famosen Zollpolitik erfolgt ein Teil der Ein- und Ausfuhr zum großen Schaden der Bevölkerung. Brotgetreide z. B. wird in großen Massen über die Grenze gebracht, um die Taschen der Junker und Großgrundbesitzer zu füllen. Dafür muß dann wieder um teures Geld Getreide in Menge eingeführt werden. Wie sich die Ein- und Ausfuhr einiger wichtiger Warengattungen in den Monaten Januar bis November 1911 gegenüber denselben Monaten 1910 gestaltete, geht aus umstehender Aufstellung hervor.

Die Einfuhr von fossilen Brennstoffen, von Wolle, Geflechten aus pflanzlichen Stoffen, Tonwaren, Glas und Glaswaren, chemischen Grundstoffen, von Linoleum, Kleidern und Fußwaren, Kürschnerwaren, Besen und Bürsten, Nickel und Nickellegierungen und Uhren hat nachgelassen, teils weil sich die inländische Industrie dieser Artikel in erhöhtem Maße bemächtigte, teils weil die Nachfrage so groß

Warengruppen	Einfuhr		Ausfuhr	
	1910	1911	1910	1911
	in Tausend Doppelzentnern			
Erzeugnisse des Acker-, Garten- und Wiesenbaues	100935	128173	20717	19061
Erzeugnisse der Forstwirtschaft	70986	72535	5885	5778
Tiere und tierische Erzeugnisse	14143	14868	1874	1873
Erzeugnisse landwirtschaftlicher Nebengewerbe	26792	30512	17136	19992
Erden und Steine	81494	84979	84193	84967
Erze, Schlacken und Nischen	108019	122509	28635	25634
Fossile Brennstoffe	177416	171852	272009	312132
Chemische Grundstoffe	10173	10018	23808	25722
Farben und Farbstoffe	670	678	1837	2002
Kunststoffe	4778	5239	6802	7192
Seide	100	108	120	124
Wolle	581	562	674	663
Baumwolle	740	753	1055	1113
Leder und Lederwaren	156	158	420	457
Holz und Holzwaren	339	452	837	896
Papier, Pappe u. Waren daraus	848	1050	4265	4355
Leinwand	1887	1654	4911	5630
Glas und Glaswaren	286	299	1625	1737
Edelmetalle u. Waren daraus	8268	9002	46364	50965
Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse	691	771	4046	5767

war, zum größeren Teil aber, weil die neuen Zölle die Einfuhr erschwert oder unmöglich machten. Aus denselben Gründen ist auch die Ausfuhr einzelner Warengruppen zurückgegangen. Gegenüber den Zollschwierigkeiten von Seiten des deutschen Reiches hat eine Reihe von Staaten Gegenmaregeln ergriffen. Zurückgegangen ist die Ausfuhr von Erzen, Schlacken und Nischen, von Wolle, andern pflanzlichen Spinnstoffen, Kurchnern, Geflechtem aus pflanzlichen Stoffen, von Büchern, Bildern und Gemälden, Goldwaren und Feuerwaffen. Auch die Ausfuhr von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft zeigt einen Rückgang. Hervorgerufen wurde dieser durch die ungünstige Ernte des Jahres und durch den Umstand, daß diese Erzeugnisse im Inland zu lohnenden, das heißt hohen Preisen abgesetzt werden konnten. Wenn trotz der hohen Zollschranken verschiedener Staaten die Weiterverarbeitungsindustrie ihre Ausfuhr zum Teil erheblich steigern konnte, ist das ein deutlicher Beweis für die günstige Entwicklung des Wirtschaftslebens. Besonders gesteigert hat sich die Ausfuhr von unedlen Metallen, Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen, künstlichen Düngemitteln, Erzeugnissen der chemischen und der Montanindustrie.

Viele Millionen von Doppelzentnern Waren, die eingeführt oder ausgeführt wurden, mußten neben dem großen Inlandsverkehr auf den Eisenbahnen transportiert werden. Die Verkehrsleistungen der Eisenbahnen bieten daher gleichfalls einen guten Maßstab für die Steigerung der Warenproduktion. Das Jahr 1910 hatte schon gegenüber dem Jahr 1909 im Personen- und im Güterverkehr erhebliche Mehreinnahmen gebracht. Wert wir uns das vergegenwärtigen, gewinnen die auf den Eisenbahnen im Jahre 1911 von Monat zu Monat erfolgten Einnahmesteigerungen besondere Bedeutung. Die folgende Aufstellung veranschaulicht die Einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Staatsbahnen in den elf Monaten Januar bis November 1911 und die Einnahmen in derselben Zeit des Vorjahres.

Monat	Einnahmen aus dem Güterverkehr		
	1910	1911	1911 mehr gegen 1910 auf 1 Jan. in %.
	in Tausend Mark		
Januar	126108	136897	6,98
Februar	126605	137174	6,91
März	188947	159125	13,05
April	140877	143688	0,77
Mai	182732	152979	13,68
Juni	185234	140878	2,83
Juli	140491	149292	4,71
August	149818	162476	6,91
September	152866	167964	8,48
Oktober	165866	175388	4,68
November	156308	173454	9,49

In allen Monaten des Jahres 1911 betrug die Einnahme rund 1699 Millionen Mark gegen rund 1565 Millionen Mark im Vorjahr. Es ist also eine Mehreinnahme von 133,85 Millionen Mark zu verzeichnen. Zu diesem Mehr haben alle Industrien beigetragen, vor allem aber die Montanindustrie und die Schwermetallindustrie, deren Güterverkehr besonders groß ist und im Berichtsjahr recht lebhaft war. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr der Eisenbahnen zeigen eine ähnliche Entwicklung. In den elf zum Vergleich herangezogenen Monaten betrug die Personenverkehrsleistung rund 757 Millionen Mark gegen 720 Millionen Mark im Vorjahr. Die Mehreinnahme beträgt also rund 37 Millionen Mark.

Für die Landwirtschaft war das Jahr 1911 nicht besonders günstig. Die anhaltende Trockenheit des vergangenen Sommers hat den Feldfrüchten großen Schaden zugefügt, vor allem Mitten unter der großen Dürre die Futtermittel. Zu dieser Katastrophe gesellte sich die Maul- und Klauenseuche, die überall verheerend auftrat. Die kleinen Landwirte sind daher vielfach genötigt gewesen und noch genötigt, für teures Geld Futter zu kaufen oder ihr

Vieh dem Viehhandler und Schlachter auszuliefern. Wie sich die Ernte einiger wichtiger Feldfrüchte in den letzten zwei Jahren gestaltete, zeigt folgende Zusammenstellung:

Art der Feldfruchte	Erntemenge überhaupt		Erntemenge pro Hektar	
	1910	1911	1910	1911
	in Tausend Tonnen			
Winterweizen	8428,6	8640,9	1,98	2,08
Sommerweizen	492,7	426,1	2,08	1,91
Winterroggen	10871,8	10797,0	1,71	1,78
Sommerroggen	189,3	189,0	1,19	1,16
Sommergerste	2902,9	3159,9	1,66	1,99
Kartoffeln	48468,3	34874,2	13,19	10,35
Bewasserte Wiesen	2808,0	2194,3	5,47	4,49
Andere Wiesen	25442,0	17780,9	4,67	3,27

Einen großen Rückgang zeigt namentlich die Kartoffelernte. Für die Bevölkerung ist diese Tatsache von einschneidender Bedeutung, namentlich für die Arbeiter, da von diesen die Kartoffel als Hauptnahrungsmittel konsumiert wird. Fleisch, Hulsfruchte, Zucker, Kaffee usw. haben durch die Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung eine schwindende Preissteigerung erlangt; das gleiche trifft für Getreide und andere Feldfrüchte zu, die Milch- und Eierpreise sind fast überall gestiegen. Unter solchen Umständen müssen Kartoffeln und Brot herhalten. Die Preise der Kartoffeln sind aber so hoch, daß auch dieses Nahrungsmittel schwer zu beschaffen ist. Die Phase der Verteuerung, in die uns das Jahr 1911 gebracht hat, bedeutet daher eine schwere Bedrängnis der minderbemittelten Bevölkerung. Da ist mit dem Argument der gestiegenen Löhne nichts mehr auszurichten. Die Lohnerhohungen, die von den Ar-

Das neue Jahr ist mit einer strengen Kontrolle der Mitgliedsbucher zu beginnen. Jeder Kassierer und Vertrauensmann hat die Pflicht, sofort alle Restanten zu ermitteln und sie anzuhalten, ihre Beiträge von jetzt an stets im voraus zu entrichten!

beitern in den letzten Jahren herausgeholt wurden, sind längst von den Preissteigerungen auf Nahrung, Wohnung und Kleidung überholt.

Unter diesen Umständen ist es sehr begreiflich, daß die Arbeiter alles daran setzen, um von dem Goldstrom, den die gute Wirtschaftslage für die besitzenden Klassen brachte, etwas für sich und die Verbesserung ihrer Lage zu erreichen. Daher hat das Jahr 1911 wieder Arbeitskämpfe in großer Zahl gebracht und reiht sich darin würdig an seinen Vorgänger an. Mit Bahigkeit, Ausdauer und Erbitterung ist auf beiden Seiten gekämpft worden, und der Erfolg der Kämpfe war daher oft nur eine Frage der Macht. Auch unser Verband hatte schwere Kämpfe zu bestehen. Ein Eingehen darauf erübrigt sich, da wir über alle bemerkenswerten Bewegungen laufend berichtet haben.

Die Gewerkschaftsbewegung hat im Berichtsjahr wieder erfreuliche Fortschritte gemacht. Auch unser Verband zeigt ein bemerkenswertes Fortschreiten. Der Gedanke der Organisation schlagst immer mehr Wurzel, nach und nach merken die uns noch Fernstehenden, daß sie allein machtlos und ein Spielball der Unternehmer sind. Der in das Berichtsjahr fallende achte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, hat der Regierung und den Unternehmern wieder erneut gezeigt, daß die Gewerkschaften zu einem Faktor im Wirtschaftsleben geworden sind, der volle Beachtung verdienen muß und nicht mehr beiseite geschoben werden kann. Mit Ungeduld mögen die Unternehmer wieder bemerkt haben, daß alle ihre Bemühungen zur Vernichtung der Gewerkschaftsbewegung nutzlos gewesen und gegen die Macht der Arbeiterorganisation kein Kraut gewachsen ist. Mit Eifer sind die Unternehmer bestrebt gewesen, ihre Organisationen auszubauen, was für die Arbeiter eine ernste Mahnung sein muß, auch ihrerseits stets und ständig auf der Wacht zu sein.

Das sozialpolitische Ergebnis des Berichtsjahres ist kein besonders günstiges. Der am 5. Dezember heimgeschickte Reichstag hat zwar vor seinem Abgang — zum großen Teil im Hinblick auf die kommenden Wahlen — die Reichsversicherungsordnung, das Hausarbeitsgesetz und die Pensionsversicherung für Angestellte unter Dach gebracht. Alle diese Gesetze sind aber so unzulänglich, daß sie den berechtigten Erwartungen der Arbeiter in keiner Weise entsprechen. Die neuen Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung sind zum Teil ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter. Die langgewunschte und nötige Vereinheitlichung und Vereinfachung der Arbeiterversicherung wurde nicht erreicht, die Versicherungsgesetze sind nur künstlich zusammengelastert. In den Krankenkassen ist den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht geraubt worden, die Macht der

Unternehmerseite wurde erweitert, obwohl die Arbeiter nach wie vor zwei Drittel der Beiträge zahlen. Die freien Hilfskassen der Arbeiter werden vernichtet. In der Unfallversicherung haben die Arbeiter nach wie vor nichts zu sagen, für die Altersversicherung bleibt das Grenzalter von 70 Jahren bestehen, die meisten Arbeiter kommen also auch künftig erst zu einer Rente, wenn sie gestorben sind und damit keine mehr brauchen. Die neu geschaffene Witwen- und Waisenversicherung, die am 1. Januar 1912 in Kraft tritt, ist geradezu kläglich ausgefallen. Die vor dem 1. Januar schon vorhandenen Witwen erhalten überhaupt keine Rente, die Frauen, denen der Ernährer nach dem 1. Januar stirbt, müssen völlig invalid sein, um eine Rente beanspruchen zu können, die Rentensumme wird diese Armen in der jetzigen Zeit der teuren Wohn- und Lebensmittelpreise kaum vor dem Verhungern schützen. Das Hausarbeitsgesetz versagt bei dem wichtigsten Teil, den Lohn-amern, vollstandig, und ist damit fast wertlos. Die Pensionsversicherung der Privatbeamten sieht zwar ein Grenzalter von 65 Jahren vor (bei diesen Personen hat man nicht gewagt, dieses Alter auf 70 Jahre festzusetzen), das Gesetz entspricht aber im übrigen den berechtigten Anforderungen der Privatbeamten in keiner Weise. Wenn die Wahlen nicht vor der Lure ständen, würden nicht einmal diese bescheidenen Wünsche erfüllt worden sein; denn das Gerede von dem Jubel an Sozialpolitik haben wir ja in letzter Zeit zur Genüge hören können. Die Arbeiter werden wissen, wie sie sich am Tage der Wahl zu verhalten haben, und werden denen, die da glauben, sie so nicht achtend behandeln zu können, die richtige Antwort geben durch Wahl von Männern, die ihre Interessen besser zu vertreten wissen.

Für alle, die ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit verdienen müssen, hat das Jahr 1911 wenig lichte Momente gebracht. Die Teuerung lastet wie ein Alp auf allen, deren Lohn nicht eine Höhe besitzt, die sie der direkten Gotge um das tägliche Brot enthebt. Das sind aber nur wenige Privilegierte, die große Masse ist derart niedrig entlohnt, daß Schmalhans Küchenmeister sein muß. An einen Wutschlag der gegenwärtigen Konjunktur, die den Arbeitern wenigstens halbwegs stabile Verdienste gebracht hat, wollen wir gar nicht denken. Denn damit würde die jetzt schon bestehende Not ins Ungemessene steigen. Wir wollen lieber die Hoffnung aussprechen, daß die Wahlen zum Reichstag derart ausfallen, daß die Bevölkerung durch die neuen Männer, die über die Geschicke Deutschlands zu entscheiden haben, von ihren Sorgen befreit wird.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910.

1. Stand, Abschluß und Geltungsbereich der Tarifverträge, Vertragsdauer, Kündigungs- und Unterhandlungsfristen.

Die Statistik der Tarifverträge, die von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes 1903 begonnen und seit 1908 als Beilage des „Reichsarbeitsblatts“ veröffentlicht wurde, hat diesmal eine Aenderung in der Erhebungs- und Erfassungsmethode erfahren. Die Erhebung wurde auf die tarifschlieenden Verbände, auf die Zugehörigkeit zu diesen Verbänden, auf Vereinbarungen für Entschädigung besonderer Arbeiten, auf die tarifliche Arbeitsnachweise und auf die tarifliche Regelung der Kündigung des Arbeitsverhältnisses erjiziert. Auch erfolgt die Bearbeitung des Tarifinhalts nicht mehr in Gruppierung nach den berichtenden Verbänden, sondern nach den von den Tarifen erfassten Betrieben. Die Veröffentlichung selbst erscheint als Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ in einem 220 Seiten starken Bande. Noch immer indes beschränkt sich die Statistik auf die Feststellung des Geltungsbereichs und Inhalts der im Berichtsjahre neu abgeschlossenen oder verlängerten Tarife. Es steht indes zu erwarten, mit Hilfe der Gewerkschaften vom Jahre 1912 ab eine alljährliche Bearbeitung des gesamten Tarifbestandes zu ermöglichen, die dann die Basis einer Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bilden dürfte. Das wird den Gewerkschaften natürlich erhöhte Arbeit und Opfer aufburden, die jedoch wie seither ebensowohl im öffentlichen als im wohlverstandenen eigenen Interesse übernommen werden dürften. Die Gewerkschaften haben schon bisher fast ausschließlich das Material für diese Statistik geliefert. „Wie in den Vorjahren“, heißt es im amtlichen Bericht, „mußte auch in diesem Jahre die Tarifstatistik im wesentlichen auf den Einblendungen der Arbeitnehmerverbände aufgebaut werden.“ Von Arbeitgeberseite gingen Angaben nur für 547 Tarife ein, noch dazu vielfach unzuverlässig und lückenhaft; von Arbeiterseite wurde dagegen über alle 4866 Tarife berichtet, wovon für 4290 Tarife die Angaben aus den Kreisen der freien Gewerkschaften kamen. Die gewerkschaftlichen Angaben bezeichnen der amtliche Bericht inhaltlich als sorgfältig, erschöpfend und zuverlässig.

Am 1. Januar 1910 bestanden 6887 Tarifverträge für 138 785 Betriebe und 1 339 974 Personen. Durch Ablauf erlosigten sich während des Berichtsjahres 3240 Verträge für 84 921 Betriebe und 642 674 Personen. Im Berichtsjahre traten 4866 Tarife für 112 846 Betriebe und 879 939 Personen in Kraft. Der Bestand betrug am Ende 1910: 8293 Tarife für 173 727 Betriebe und 1 361 086 Personen. Gegenüber dem Vorjahre 1909 ist eine Zunahme von 1715 Tarifen, 36 513 Betrieben und 253 608 Personen zu verzeichnen. Von den an den Tarifverträgen des Jahres 1910

beteiligten Personen gehörten 528 772 oder 59,5 pSt. den berichtenden Verbänden an.

Bei der Zählung der Tarifverträge nach berichtenden Verbänden ergeben sich naturgemäß manche Doppelzählungen, da oft mehrere Verbände an dem gleichen Tarif beteiligt sind und darüber Angaben gemacht haben.

Die starke Zunahme der Tarifbewegung von 1910 gegenüber dem Vorjahre ist in erster Linie auf die große Bewegung im Baugewerbe zurückzuführen, die nahezu den doppelten Umfang der des Jahres 1908 und des sechsfachen der des Jahres 1909 erreichte.

Bei 1328 Tarifgemeinschaften für 56 812 Betriebe und 588 814 Personen (80 pSt. der Gesamtzahl) waren auf beiden Seiten der Vertragsparteien Verbände beteiligt; bei 2354 Tarifgemeinschaften für 14 925 Betriebe und 189 009 Personen (18,9 pSt.) waren nur auf Arbeitnehmerseite Verbände vorhanden.

Nach ihrem Geltungsbereich gruppiert, stellen sich 2247 Tarife für 7674 Betriebe und 121 860 Personen (16,6 pSt.) als Firmentarife, 579 Tarife für 22 282 Betriebe und 116 152 Personen (15,8 pSt.) als Ortstarife, 927 Tarife für 43 196 Betriebe und 496 506 Personen (87,5 pSt.) als Bezirkstarife und drei Tarife für 52 Betriebe und 842 Personen (0,1 pSt.) als Reichstarife dar.

Eine Uebersicht der Tarifverträge unserer freien Gewerkschaften nach ihrem Bestand und Geltungsbereich und Art des Abchlusses zeigt für Ende 1910 7196 Tarifverträge für 127 568 Betriebe und 1 065 684 Personen, von denen 499 555 Personen (ausgeschlossen der Baugewerbe, von denen Angaben nicht vorliegen) in den berichtenden Verbänden angehören.

Table with 5 columns: Betriebe, Tarife, pSt., mit Betrieben, und, Personen. Rows include categories like 1, 2-10, 11-20, 21-50, 51-100, über 100, unbest.

Hier zeigt sich der überwiegende Einfluß der Bezirks- und großen Ortstarife, die sich auf 50 und mehr Betriebe erstrecken. Vor allem gibt hierbei das Baugewerbe und die Holzverarbeitungindustrie den Ausschlag.

Table with 5 columns: Personen, Tarife, pSt., mit Betrieben, und, Personen. Rows include categories like bis 5, 6-10, 11-20, 21-50, 51-100, 101-200, 201-500, über 500, unbest.

Hiernach entfällt die Mehrzahl aller Betriebe und fast zwei Drittel aller beteiligten Personen auf die größten Tarifverträge, die über 500 Personen umfassen. Es beweist dies, daß der Einfluß der paritätischen Regelung eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen großer Personengruppen herbeiführt und daß die kleinen Tarife an Bedeutung dabei völlig zurücktreten.

Nach Betriebsgrößen endlich (Betrieben und Personen), wobei es sich allerdings nur um Durchschnittsziffern für die einzelnen Betriebe handelt, kommen im Durchschnitt auf einen Tarifbetrieb Personen

Table with 5 columns: Personen, Tarife, pSt., mit Betrieben, und, Personen. Rows include categories like bis 5, 6-10, 11-20, 21-50, 51-100, 101-200, über 200, unbest.

Der größte Anteil der von der Tarifbewegung des Jahres 1910 erfaßten Personen kommt also auf Tarifgemeinschaften, in denen auf einen Betrieb durchschnittlich 21 bis 50 Personen entfallen. Der Anteil der Tarife mit größeren Durchschnittsziffern der Betriebsgrößen ist weit geringer (14,4 pSt.) als der mit kleineren Durchschnittsgrößen (47,9 pSt.).

Ueber die Vertragsdauer waren 1910 in 3489 Tarifgemeinschaften nähere Bestimmungen enthalten. Die größte Gruppe dieser Verträge (973) sind auf drei Jahre abgeschlossen. Bei 618 betrug die Dauer bis zu einem Jahre, bei 778 über ein bis zwei Jahre, bei 854 über zwei, aber weniger als drei Jahre, und nur bei 271

Wen wähle ich? Wäre ich ein reicher Grundbesitzer, wähle ich konservativ. Wäre ich ein reicher Fabrikant, so wähle ich nationalliberal. Wäre ich ein reicher Großhändler oder Börsianer, so wähle ich freisinnig. Wäre ich aber ein Arbeiter, so wähle ich ganz selbstverständlich sozialdemokratisch. Amtsrichter v. Köller.

währte die Vertragsdauer länger als drei Jahre. Im Jahre 1909 überwog bei weitem die Vertragsdauer bis zu anderthalb Jahren. Eine Verlängerung dieser Dauer ist also der unverkennbare Zug dieser Entwicklung.

Eine stillschweigende Verlängerung mangels vorheriger Aufkündigung ist in 2276 Tarifen vorgesehen. Die Dauer der Kündigungsfristen betrug bis zu einem Monat bei 799 Tarifen, über ein bis zwei Monate bei 434 Tarifen, über zwei bis drei Monate bei 1019 Tarifen, über drei bis sechs Monate bei 82 Tarifen und über sechs Monate bei zwei Tarifen.

Soweit die Unterhandlungsfristen behufs Vertragsrenewierung geregelt waren, waren hierfür bei der Mehrzahl (308) der Tarife mehr als drei Monate vorgesehen, während für 227 Tarife diese Frist nicht überschritten wurde. Wesentliche Verschiebungen seit dem Vorjahre sind in diesen Abmachungen nicht zu verzeichnen.

Scharfmacherverschwörung.

Da die Reaktionen und Scharfmacher aller Grade gegenwärtig wieder mächtig zum Sturm gegen das Koalitionsrecht blasen, erscheint es nicht unangebracht, einmal auf die Methoden hinzuweisen, die diese Schreier über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe wider die organisierte Arbeiterkraft selbst anwenden.

- 1. Nichtaufnahme von Arbeitern, welche unberechtigt die Arbeit eingestellt haben, oder über welche von der Hauptversammlung einer Verbandsgruppe die Sperre verhängt worden ist;
2. Ablehnung von Forderungen der Arbeiter einzelner Betriebe, die Arbeitszeit einseitig unter die jetzt bei der betreffenden Gruppe (Branche) übliche herabzusetzen;
3. Ablehnung von Forderungen, welche die in den Betrieben nötige Disziplin und die Bestimmung über Aufnahme und Entlassung der Arbeiter den Arbeitgebern unmöglich machen oder erschweren würden;
4. Schutz und Unterstützung der Arbeitswilliger;
5. Gewährung von Unterstützungen an Mitglieder für durch unberechtigte Arbeitsentstellungen erwachsende Verluste nach Maßgabe der Verbandsbestimmungen;
6. Einrichtung und Ausdehnung von Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber.
Es wird weiter beabsichtigt:
7. Die Streiklausel nach Möglichkeit durchzuführen.

Um dieses hehre Ziel, die Erringung der unbeschränkten Unternehmerschaft, zu erreichen, müssen die Scharfmacher natürlich die übrigen, und namentlich die kleinen Unternehmer fest an der Hand haben. Deshalb bestimmen die Satzungen über die Mitgliedschaft, daß jedes Verbandsmitglied als Garantie für die Einhaltung der statutarischen Bestimmungen und der Verbandsbeschlüsse einen sogenannten Ehrenschein oder — was den Machern jedenfalls noch angenehmer ist — einen Sichtwechsel ohne Datum in Höhe von M. 10 für jeden beschäftigten Arbeiter hinterlegt; das Datum des Wechsels auszufüllen, ist der Vorstand berechtigt, sobald ein Mitglied nicht Orber pariert. Dabei hat nach § 4 jedes Mitglied sich „den Beschlüssen der Hauptversammlung widerspruchlos zu unterwerfen“, und bei seinem Ausscheiden aus dem Verbandsverbande hat es keinerlei Anspruch auf das Verbandsvermögen. Weiter aber müssen sich die Mitglieder jeder Selbstständigkeit gegenüber ihren Arbeitern begeben; der „Herr im Hause“ wird der Scharfmacherverband. § 8 der Satzungen bestimmt dies in allen Einzelheiten und sagt zum Schluß:

„Ein in Arbeiterschwierigkeiten verwickeltes Mitglied ist berechtigt, an den betreffenden Verhandlungen des Vorstandes und des Streikausschusses teilzunehmen. Die Beschlüßfassung findet in seiner Abwesenheit statt.“

Im Falle von Arbeitsstreitigkeiten setzt der Vorstand einen sogenannten Streikausschuß (§ 9) ein, der nun das Regiment im Hause des Unternehmers antritt. Weigert sich dann ein also seiner Würde als „Herr im Hause“ entsetztes Verbandsmitglied, den Anordnungen des Vorstandes bezw. des Streikausschusses Folge zu leisten, „so verjagt es damit auf den Schutz des Verbandes und die eventuell zu gewährende Unterfützung“. Außerdem aber kann auch der Ausschluß aus dem Verbandsverbande eingeleitet werden. Auf die „eventuell zu gewährende Unterfützung“ haben die Mitglieder keinen Rechtsanspruch, vielmehr entscheidet über die Gewährung der Vorstand „nach billigen Ermessen“ und nach den „vorhandenen Mitteln“.

Diesen nur in ihren allerwesentlichsten Teilen wiedergegebenen Satzungen schließen sich würdig sogenannte Verhaltensvorschriften für die Mitglieder an. Vor allem wird der schon tote „Herr im Hause“ noch einmal totgeschlagen; ein Beweis dafür, wach großes Gewicht die Scharfmacher auf die unbedingte Herrschaft des ja wieder von ihnen beherrschten Verbandes legen. Die Verhaltensvorschriften bestimmen darüber noch im einzelnen unter anderem:

„Ohne eingeholte Zustimmung des Verbandes beziehungsweise des Streikausschusses sind keine wie immer gearteten Zugeständnisse an die Streikenden zu machen.“

Sämtliche Verbandsmitglieder sind verpflichtet, die während eines Streiks von dem Vorsitzenden beziehungsweise Streikausschuß getroffenen Anordnungen, soweit sie dieselben angehen, zu befolgen, besonders, wenn es sich um Nichtaufnahme ausländischer oder ausgesperrter Arbeiter handelt.

Niemals ist mit betriebsfremden Arbeiterführern zu verhandeln.

Die Vermittlung der Behörden, der Gewerbeschlichtergerichte, der Gewerbeinspektoren ist mit dem Hinweis darauf abzulehnen, daß diese Aufgabe des Verbandes sei.

Alle Mitteilungen über den Streik an die Konkurrenz, die Arbeitsnachweise, die Zeitungen sowie etwa nötige öffentliche Verichtigungen sind dem Vorstand zu überlassen.

Der Vorstand muß durch diese Mitteilung (über die Art der Beendigung der Streitigkeit) in der Lage sein, etwaigen Erfolgsberichten der gegnerischen Blätter in der befreundeten Presse (!) bestimmt entgegenzutreten zu können.

Dann fordern die Verhaltensvorschriften noch, daß ein mit „feinen“ Arbeitern in Streitigkeiten geratener Unternehmer sofort eine Liste der ausständigen Arbeiter an den Vorstand einzufenden hat, damit sofort die trodene Guillotine der schwarzen Liste prompt arbeiten kann.

Das Statut dieses Industriellenverbandes — und die Satzungen der übrigen Verbände sind nicht anders — läßt einen tiefen Blick in die Werkstatt des Scharfmachertums zu; es offenbart die Herrschaft der Industrieherrn im Lager der koalitierten Ausbeuter. Die kleinen Unternehmer sind in den Händen der großen, was sich auch noch in dem Abstimmungsmodus dieses Verbandes ausdrückt, der den Großindustriellen bis zu sechs Stimmen zuteilt. Die Industriellenverbände sind eben nichts weiter als Instrumente der Industriekapitäne, die mit ihrer Hilfe einmal die Arbeiter niederzwingen möchten, dann aber auch ihre kleineren Konkurrenten im Zaume halten wollen, wenn es denen unter anderem einfallen sollte, Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, was entweder auf etwas vorhabende sozialpolitische Einsicht oder zumeist auf die sehr berechnete Beforgnis zurückzuführen ist, daß eine längere Stilllegung ihrer nicht besonders kapitalintensiven Betriebe der ganzen Unternehmerrherrlichkeit ein vorzeitiges Ende machen könnte.

Was haben die Terrorismuschreier nun zu sagen? Das Volk hat alle Ursache, sich am 12. Januar dagegen zu schützen, daß auch noch die Gehegung — wie bereits amtlich angekündigt wurde — zum Knechtungswerkzeug der Großausbeuter wird. Schutz der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, Schutz des gesamten Volkes dem Terror der Scharfmacher, freie Bahn für den Aufstieg der Volksmassen zu höherer Kultur und darum Sicherung der arbeitenden Massen vor den lichtscheuen Verschwörungen der Kapitalisten. Am 12. Januar fällt die Entscheidung!

Wem's nicht paßt, der kann gehen!

Welcher Arbeiter hat wohl in seinem Arbeitsverhältnis diesen Auspruch noch nicht zu hören bekommen! Dieses häßliche Wort, das den Machtdünkel, die Prognostizität und die Rafflosigkeit des Unternehmers so treffend kennzeichnet! Und wie viele Arbeiter haben nicht schon unmutig und zähneknirschend die Faust geballt, als ihnen in dieser augenfälligen und verletzenden Art und Weise ihre wirtschaftliche Abhängigkeit zu Gemüte geführt wurde! Die wirtschaftliche Abhängigkeit! Sie ist es, die schwer auf der Arbeiterschaft lastet. Sie ist es auch, die den Unternehmer oftmals zu diesem brutalen Auspruch verleitet. Da läßt ein Fabrikant eine neue Stückarbeit anfertigen. Er sucht den Preis zu drücken und verkündet, daß

er nicht mehr wie angebaut als Lohn für diese Arbeit auswerfen könne. Der Arbeiter sucht mehr herauszufinden, er hat nachgerechnet, daß er bei dem Angebot des Unternehmers nur schwer zurechtzukommen kann. Er bringt seine triftigen Gegenstände zur Geltung. Er treibt damit den Fabrikanten in die Enge, und da diesem sachliche Argumente zu seiner verführten Bohndrüse fehlen, ergeht er sich dann schließlich in der verletzenden und prophanen Drohung: „Wem's nicht paßt, der kann gehen.“

Das ist in solchen Situationen das Alpha und Omega der Unternehmerrationalität. Oftmals führt auch dieser beliebte Trick zum Ziele. Der Arbeiter steht vor der Alternative, sich entweder dem Machtgebot des Unternehmers zu fügen, oder aber eine mitunter recht langandauernde Arbeitslosigkeit durchzulassen. Da wählt er dann oft das Erstere. Es kommt aber auch nicht selten vor, daß der Arbeiter den guten Geschäftsgang ausnützt und wirklich „geht“. Und oft gehen dann auch alle andern im Betriebe beschäftigten Arbeiter mit. Dann hat der Unternehmer den Schaden und er sieht sich dann gezwungen, im Interesse des Profits nachzugeben. Und nach solcher einbringlichen Lehre wird er sich hüten, in späteren Zeiten das böse Wort in gleicher leichtfertiger Weise einem Arbeiter entgegenzuschleudern. In seinem Geldbeutel ist der Unternehmer am ehesten zu turieren.

Das gleiche vom Hochmutdübel distillierte Machtwort fällt auch nicht selten bei andern Gelegenheiten. Oftmals wenn die Arbeiter oder Arbeiterinnen eines Betriebes verkürzte Arbeitszeit beanspruchen und vor allem auch, wenn sie die Verbesserung von Betriebsbedingungen fordern. Einer Verkürzung der Arbeitszeit steht der Unternehmer wohl stets ablehnend und feindselig gegenüber. Er weiß ganz genau, daß dann nach ehernen nationalökonomischen Gesetzen auch der Lohn steigen muß. Deshalb sträubt er sich mit Händen und Füßen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Er lehnt schroff ab. „Wem's nicht paßt, der kann gehen.“ Oftmals sind dann die Arbeiter dieser unhöflichen Einladung nachgegeben. Und ihre Organisation setzte es durch, daß die Arbeitszeit verkürzt wurde. Dort, wo einst uneingeschränkte Arbeitszeit herrschte und damit die schrankenlose Ausbeutung, sind heute geregelte Arbeitsverhältnisse entstanden, und zwar kraft der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Proletariats.

Doch wir sprachen soeben auch von den Forderungen der Arbeiter, die auf die Verbesserung von Betriebsbedingungen hinstellen. Solcher Forderungen wären wohl in fast allen Betrieben viele zu stellen, sei es in hygienischer, sei es in arbeitsleichternder Hinsicht. Und hier liegt es oft nur am guten Willen des Unternehmers, diese Mißstände abzustellen. Das, was die Arbeiter hier fordern, kann manchmal sogar, vor allem, wenn es sich um betriebstechnische Erleichterungen oder Verbesserungen handelt, auch dem U n t e r n e h m e r einen Gewinn bringen; denn die Arbeiter werden dadurch leistungsfähiger. Aber gerade in solchen Fällen beobachtet man nicht selten, daß unter der arbeiterfreundlichen Schillernden Maske des Unternehmers sich nur zu oft nichts weiter als nackter Herrendübel verbirgt. Da kommt dann das „Arbeitgeberprinzip“ in Frage. Solange die Arbeiter duden und widerspruchslos mit allem vorlieb nehmen, schimmert auch das Antlitz des „Brotgebers“ in patriarchalischem Glanze. Wenn sie aber — und sei es auch nur in aller Bescheidenheit — etwas f o r d e r n , dann ändert sich das friebliche Bild und der Unternehmer ruft sich ins Gedächtnis, daß er „Herr im Hause“ sei. Was hat der Arbeiter in betriebstechnischen Fragen mitzureden! Wie kann er sich erdreisten und sich über mangelhafte Betriebsbedingungen mokieren! Der Arbeiter hat „zufrieden“ zu sein und sollte eigentlich seinem Schöpfer danken, daß er einen solchen „humanen und väterlich sorgenden Arbeitgeber“ gefunden hat. Und dann fällt auch bald das böse, tiefverletzende Wort, das angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Arbeiters diesem so ungemein zynisch und brutal in die Ohren klingt und ihm über die Kaltherzigkeit des bisher für leidlich human gehaltenen Mannes die Augen öffnet: „Wem's nicht paßt, der kann ja gehen...“

Ein Unternehmer, der auf eine einigermaßen vornehme Gesinnung hält, bedient sich dieser verletzenden Ausdrucksweise nicht. Er weiß und empfindet, auch der Arbeiter hat sein Schicksal und muß sich tief verletzt fühlen, wenn man ihm diese mißachtenden Worte entgegenzuschleudert. Daß sie also noch viel in Unternehmerrreisen gebraucht werden, ist nur ein Beweis dafür, daß es mit der wahrhaft vornehmen Gesinnung vieler Unternehmer nicht weit her sein kann.

Vor allem beliebten Arbeitgeber mit diesem berüchtigten Anspruch zu jonglieren, wenn sie wissen, daß hinter den bei ihnen beschäftigten Arbeitern keine oder eine nur mangelhafte Organisation steht. Sie wissen, dann können sie den Arbeitern eine solche herabwürdigende Behandlung widerspruchslos bieten. Ist aber eine gute und straffe Gewerkschaftsorganisation vorhanden, dann ist man oftmals darüber erstaunt, mit welcher Zuverlässigkeit und Eifrigkeit der Unternehmer den Arbeitern entgegentritt. Er weiß nämlich, hinter den Arbeitern steht eine nur schwer zu ignorierende Macht: ihre Organisation. Diese nötigt ihn wohl oder übel die auch den Arbeitern gebührende Achtung ab. So erzieht die Gewerkschaftsorganisation nicht nur die Arbeiter zu erhöhtem Kraftgefühl und Selbstbewußtsein, sondern sie erzieht auch oftmals widerhaarige und unhöfliche Unternehmer zu einer menschenwürdigen und achtungsvollen Behandlung der Arbeiter.

Die Arbeiter aber sollten ihre gewerkschaftliche Organisation immer mehr schätzen und lieben lernen. Auch diese Abhandlung zeigt in ihrem engen Rahmen den großen Wert der Organisation. Nicht nur, daß diese dem Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen in der Lage ist, sie gibt ihm auch die Kraft, um sittlichen und unhöflichen Übergriffen der Unternehmer entgegenzutreten und sie erfolgreich abzuwehren zu können.

Und noch eins. Wir sagten vorhin, daß das häßliche Wort: „Wem's nicht paßt, der kann gehen“, dem Unternehmerrhochmut entspringt und distilliert wird von dem Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters. Sorgt dafür, daß dieses Abhängigkeitsverhältnis verschwindet! Viel kann hierin die gewerkschaftliche Organisation tun. Darum steht zu ihr in steter Treue. Aber restlos wird dieses Abhängigkeitsverhältnis erst aus-

gemerzt sein, wenn die heutige kapitalistische Gesellschaftsform durch die sozialistische ersetzt ist! In einem sozialistischen Gemeinwesen greifen alle Räder des Wirtschaftsgetriebes in gleichem Zwiespalt für das allgemeine Volkwohl ineinander und die Arbeit als die Erzeugerin aller Mehrwerte und aller Kultur wird dann hochgeachtet und ist nicht mehr das Aushenbrödel des kapitalistischen Staates. Und der verletzende und jeder natürlichen Menschwürde ins Gesicht schlagende Ausdruck: „Wem's nicht paßt, der kann gehen.“ ist dann zur reinen Unmöglichkeit geworden.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Beschluß der gemeinsamen Sitzung des Verbandsvorstandes, des Ausschussvorsitzenden, der Gau- und Bezirksleiter vom 19. bis 21. August in Hamburg finden im Monat Februar für alle Bezirke

Bezirkskonferenzen

statt. Die Tagesordnung dieser Konferenzen lautet:

1. Referat des Vorstandsvertreters: „Die Machtmittel der Gegner bei unsern Lohnkämpfen.“
2. Welche Lohnkämpfe stehen unserm Bezirk bevor? Die Art der Rüstung zum Lohnkampfe!
3. Die Agitation: a) unter den Bäckern, b) unter den Neuauslernenden, c) unter den Konditoren, d) unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Fabrikbranche.
4. Arbeiterschutz und Lehrlingschutz. (Vortrag des Bezirksleiters.)
5. Unsere Krankenversicherung. (Vortrag des Vorstandsvertreters.)
6. Der Bezirksarbeitsnachweis.

Diese Bezirkskonferenzen werden in folgender Reihenfolge tagen:

Bezirk	Datum	Ort	Vorstandsvertreter
Danzig	4. Februar	Elbing	Hefschold
Breslau	11. "	Breslau	Hefschold
Berlin	18. "	Berlin	Hefschold
Magdeburg	25. "	Magdeburg	Hefschold
Hannover	4. "	Hannover	Freytag und Liescher
Hamburg	11. "	Hamburg	Weißler und Liescher
Albed	18. "	Schwerin	Liescher
Bremen	25. "	Bremen	Freytag
Riel	25. "	Riel	Liescher
Leipzig	4. "	Leipzig	Kahl
Dresden	11. "	Dresden	Kahl
Halle	18. "	Zeitz	Kahl
Chemnitz	11. "	Erismitschau	Ullmann
Erfurt	18. "	Erfurt	Ullmann
Frankfurt a. M.	25. "	Homburg v. d. S.	Ullmann
Wiesbaden	27. "	Wiesbaden	Ullmann
Herford	18. "	Herford	Friedmann
Essen	25. "	Hagen	Friedmann
Söln a. Rh.	8. März	Düsseldorf	Friedmann
Mannheim	4. Februar	Kaiserlautern	Lantes
Strasbourg	11. "	Strasbourg	Lantes
Karlsruhe	18. "	Karlsruhe	Lantes
Stuttgart	25. "	Stuttgart	Lantes
Mürnberg	4. "	Mürnberg	Gahner
Regensburg	11. "	Regensburg	Gahner
München	18. "	München	Gahner

Die Konferenzen können wohl überall, je nachdem die Fahrgelegenheit der Delegierten in den Bezirken ist, morgens um 9 oder 10 Uhr beginnen, und dann kann am Sonntag die Tagesordnung gut erledigt werden.

Die Bezirksleiter werden den Beginn und das Lokal der Konferenzen noch den Vorständen der Zahlstellen rechtzeitig bekannt geben.

Die Wahl der Vertreter der einzelnen Zahlstellen zu den Konferenzen findet in den Mitglieder- oder Sektionsversammlungen der Zahlstellen im Monat Januar respektive Februar nach folgenden Grundsätzen statt:

Zahlstellen mit weniger als 80 Mitgliedern sind berechtigt, einen Delegierten zu entsenden; Zahlstellen mit 80 bis 100 Mitgliedern sind zur Wahl von zwei Delegierten berechtigt; Zahlstellen mit 100 bis 200 Mitgliedern können drei Delegierte entsenden; Zahlstellen mit mehr als 200 Mitgliedern können auf je 200 Mitglieder über diese Zahl hinaus einen weiteren Delegierten entsenden.

Dabei ist den Zahlstellen zu empfehlen, möglichst alle Branchen entsprechend ihrer Stärke durch Delegierte vertreten sein zu lassen, aber auch dafür zu sorgen, daß die Kollegen der kleinen Orte in der Nähe der Großstädte, welche den Zahlstellen dieser Städte angegliedert sind, entsprechend der Mitgliederzahl in diesen Orten durch Delegierte vertreten sind.

Die Unkosten der Delegation (Fahrtgelder und Diäten der Delegierten) tragen die Zahlstellen aus lokalen Mitteln.

Auf Wunsch vieler Badmeister in Konsum- und Genossenschaftsbäckereien sollen im Anschluß an diese Bezirkskonferenzen (am besten wohl am Montag) in den Konferenzorten Badmeisterkonferenzen stattfinden mit folgender Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Badmeister in den genossenschaftlichen Betrieben und die Notwendigkeit der tariflichen Regelung derselben. 2. Das Mitberatungsrecht der Badmeister beim Einkauf von Rohmaterial und bei Anschaffung neuer Maschinen und Oefen. 3. Verschiedenes.

Nur wenn mehrere Badmeister in einem Bezirk in Frage kommen, wird für solchen Bezirk eine Badmeisterkonferenz abgehalten.

Näheres über Tagungsort und -zeit der Konferenzen werden die Bezirksleiter den Badmeistern noch bekanntgeben.

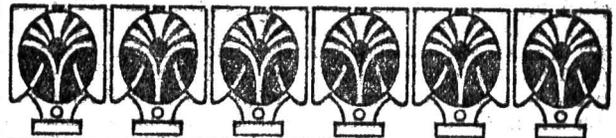
Wir eruchen die Badmeister, vollständig in den Bezirken auf den Konferenzen vertreten zu sein, um dort ihre Wünsche zum Ausdruck bringen zu können.

Die Vorstände der Zahlstellen werden dafür sorgen, daß die Tagesordnung der Bezirkskonferenzen vorher in den Mitglieder- und Sektionsversammlungen der Zahlstellen eingehend beraten wird.

Der Verbandsvorstand,

J. U. O. Ullmann, Vorsitzender.

Spätestens am 6. Januar ist der 2. Wochenbeitrag für 1912 (7. bis 13. Januar) fällig.



Korrespondenzen.

Bäcker.

Dresden. Am 14. Dezember tagte im Volkshaus eine Mitgliederversammlung der Bäckersektion, die zur Antwort der Innungsvorstände auf die eingereichten Forderungen Stellung nahm. Der Berichterstatter konnte darauf verweisen, daß die Deubener Bäckerinnung sich in ihrer Haltung vorteilhaft von der Dresdner unterscheidet und es dort nach längeren Verhandlungen zu einem Vertragsabschluß gekommen sei, der allerdings noch der Zustimmung der Innungsversammlung bedürfe. Die Zustimmung von Gesellenseite werde zweifellos erfolgen; er sei der Meinung, daß die Kollegen des Plauenschen Grundes über Zustimmung oder Ablehnung zu befinden haben. Der Dresdner Innungsvorstand habe abgelehnt. In Schließung habe man bereits lebhaft nach Streikbrochern annonciert und ganz gegen die sonstige Gewohnheit habe ein großer Teil der Bäckermeister plötzlich für den Versammlungstag das Baden von Steuerstellen angelehnt. Angesichts des Tarifabschlusses in Deuben, der seine günstige Rückwirkung auch für Dresden nicht verfehlen dürfte, und auch in Rücksicht auf die Reichstagswahlen, die eine wirksame Aktion ausschließen, empfehle es sich, die Bewegung zu vertagen. Aufgeschoben sei nicht aufgehoben, und die Gegner könnten überzeugt sein, daß trotz neuer einseitiger Verfügung die Organisation nicht ruhen würde, um die Anerkennung der Forderungen zu erreichen. Alle Redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heute am 14. Dezember tagende Bäckerversammlung spricht ihre Genugtuung über das Entgegenkommen der Deubener Bäckerinnung aus und ist der Ueberzeugung, daß der Abschluß dieser Verhandlungen seine günstige Rückwirkung nicht verfehlen wird. Angesichts dessen und in Anbetracht der Vorbereitungen zur Reichstagswahl, erklärt die Versammlung, den Antrag der Verbandsleitung, die Bewegung zu vertagen, für das richtigste, und ermächtigt die Leitung, zu geeigneter Zeit erneut Schritte zu tun, um auch in Dresden die Anerkennung des Tarifs zu erreichen.“

Mit der bekannten Wahrheitsliebe, die den gelben und Innungsblattredakteuren „anhafte“, berichtet die Dresdner „Bäckermeisterzeitung“ in Nr. 51 von derselben Versammlung. Objektive Berichte gehören bei diesen Preßstrabanten ja zu den Seltenheiten. Man faßelt, daß die Bewegung deswegen hinausgeschoben sei, weil „Genosse“ A. sich von seinen getreuen Anhängern verlassen fühle, er eine Moralpredigt von diesen wegen Nichtberücksichtigung bei den Konsumvereinsaushilfen erleiden mußte und deswegen nichts erreichen konnte. Soviel Worte, soviel Unfuss. Was A. erreichen wollte, steht in der Resolution, die von R. verfaßt und einstimmig angenommen wurde.

Ueber das andere Geschreibsel und die falschen Angaben der Befuchergahl regen wir uns nicht auf; aber ob den Innungsführern mit einer solchen irreführenden Berichterstattung gebietet ist, ist sehr fraglich. Wir fassen die Notiz als den Erlösungsschrei eines gequälten Obermeisters auf. Hatte man auch vorher in abfälliger Weise von der neuen Tarifbewegung gesprochen, so traute man jedenfalls der Sache nicht; denn sonst wären die Inserate nach Streikbrochern nicht in den auswärtsigen Blättern losgelassen worden. Die Firma Wedamud sprechen wir jedenfalls gelegentlich wieder. Vielleicht kommt dort noch einmal die Neue wegen der eigenen Dummheit!

Ans Unternehmungskreisen.

Bäckerei.

Die „Schlesische Bäckerzeitung“ im Kampfe gegen unsere Organisation. Es dürfte wohl in Deutschland außer den Leitenden kein Blatt anzutreffen sein, in dessen Spalten Verleumdung und Schwindel gegenüber unserer Organisation solche Organe feiern, wie in dem Annoncenblättchen der schlesischen Bäckermeister.

Da wir in den letzten Wochen bekanntlich die Wahlen zum Gesellenauschuss und zur Krankenkasse hatten, hat das Blättchen wieder Unglaubliches geleistet; die Schmutz- tüfel flossen nur so über unsere Organisation.

Die einzig dastehenden skandalösen Entrechtungs- versuche der Gesellen bei den Wahlen zum Gesellenauschuss sind unsern Lesern bereits bekannt. Das Meisterblatt behält nun jedoch die Stirn, die niederträchtigen Un- gerechtigkeiten bei der letzten Gesellenauswahl unsern Verbandsmitgliedern in die Schuhe zu schieben.

Dieser Umstand gibt dem Meisterblättchen nunmehr Veranlassung, ein Siegesgeheul anzustimmen. Unver- zoren behauptet es, die Aufsichtsbehörde habe anerkannt, daß die Wahl zum Gesellenauschuss „korrekt und statuten- gemäß“ vorgenommen sei.

Daß die „Schlesische Bäckerzeitung“ über das kürzlich von uns herausgegebene Flugblatt erobert ist, kann man verstehen, denn es waren recht derbe Wahrheiten, die den Herren vom Vadtrog nebst ihrem Blättchen gesagt wurden.

Gefühlensfreundlichkeit im sächsischen Bäckerinnungs- verband. Die Bäckermeister in Sachsen sind auf einen be- sondern originellen Plan verfallen, um die Gesellen in der Zufriedenheit zu erhalten.

Die freien Tage der Gesellen betreffend. Bei den bevorstehenden Weihnachtsfesttagen nehmen wir Veranlassung, unsere Kollegen auf den Braudauer Verbandstagsbeschluss nochmals hierdurch besonders aufmerksam zu machen und ersuchen, dem- selben im Interesse unserer Gesellen Rechnung zu tragen.

Ein Geselle, der an hohen Festtagen vier Wochen beim Meister in Stellung ist, erhält einen freien Tag, das sind jährlich drei freie Tage.

Ein Geselle, der ein Jahr beim Meister beschäftigt ist, erhält extra drei freie Tage.

Ein Geselle, der zwei Jahre beim Meister beschäf- tigt ist, erhält extra fünf freie Tage.

Ein Geselle, welcher drei Jahre beim Meister be- schäftigt ist, erhält extra sieben freie Tage; sind also zehn freie Tage.

Diese freien Tage sind unter Fortgewährung des Lohnes zu bewilligen; in kleineren Städten, wo Aus- hilfen schwer zu beschaffen sind, kann im gegenseitigen Einverständnis anstatt der freien Tage die Zuschiffe- vergütung in der Höhe von M 3 ertattet werden.

Ferner ist der Mindestlohn in den Großstädten auf M 8, in den kleineren Städten auf M 7 festgesetzt.

Wie lächerlich sich der geschäftsführende Vorstand mit dieser Veröffentlichung macht, scheint er nicht zu begreifen. Vor den Festtagen müssen die Gesellen eine Unmasse von Ueberstunden machen, wobei die tägliche Arbeitszeit 16 und noch mehr Stunden beträgt, wofür sie überhaupt keine Ent- schädigung bekommen; dann bekommen sie gnädigst einen freien Tag.

Die Scharfmacher auf dem Vormarsch. Die er- zreaktionäre Rede des Regierungsvertreters im sächsischen Landtage hat die Scharfmacher aller Schattierungen so in Freudentaumel versetzt, daß sie den Raub auf das Koali-

Wie das Volk ausgebeutet wird.

Die Zölle und indirekten Steuern, die von den volksfeindlichen Parteien beschlossen und im letzten Reichstag um fast 400 Millionen Mark er- höht wurden, verteuern uns die Lebenshaltung in ganz ungeheurer Weise. Nachstehende Tabelle gibt über den Grad der Verteuerung einige Auskünfte.

Es entfallen indirekte Steuern auf je ein Kilogramm (zwei Pfund):

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Roggenbrot, Weizenbrot, Mehl, Graupen, Grieß, Fleisch, Speck, Schmalz, Butter, Margarine, Käse, Eier, Reis, Bohnen, Erbsen, Linsen, Zucker, Kaffee (roh), Kaffee (gebrannt), Tee, Kakao, Schokolade, Gewürz, Salz, Ferner auf je einen Bering, 0,5 bis 1,0, 1 Liter Bier, 1 Liter Brantwein, 1 Liter Petroleum, Eine 5-4-Zigarre, 10 Stück Zigaretten zu 1/2, 10 Stück Zigaretten zu 2/2, 1 Paket Zündhölzer.

Kollegen! Denkt an diese Auspöwerungs- politik am 12. Januar! Gebt mit Eurem Stim- mizettel die rechte Antwort darauf!

tionsrecht nicht abwarten können. Es soll sofort den lieben Arbeitswilligen ein größerer Schutz, als sie heute genießen, eingeräumt werden, desgleichen soll ein Verbot des Streit- postenstehens in Wirksamkeit treten.

Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, im Bundesrat die in Aussicht gestellten Anträge der Königl. sächsischen Regierung tunlichst zu unterstützen, die einen besseren Schutz der Arbeitswilligen durch Ergänzung und Aenderung der einschlägigen reichsge- setzlichen Bestimmungen bezwecken, insbesondere auch auf ein Verbot des Streitpostenstehens hinzu- wirken.

Ueber Blindmann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir ihn bei den Antragstellern sehen. Dieses Ver- halten deutet sich doch mit seinen Ausführungen auf dem Stuttgarter Bäckerinnungs-Verbandstages. Dort war Blind- mann einer derjenigen, welche nicht genug über „Terror“ in den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften losziehen konnten.

Das zweite Geschäftsjahr des Gesehndikats. Auf ein lohnendes Geschäft kann das Gesehndikat im zweiten Geschäftsjahr zurückblicken. Das Bruttoergebnis betrug M 2 904 767, das Handlungskonto mit M 1 651 091 und das Betriebskonto mit M 601 475

belastet. Abgültlich M 108 142, die zur Abschreibung ver- wendet wurden, verblieb ein Ueberschuß von M 247 079. An Dividende gelangten M 44 782 = 6 pSt und M 100 000 an Lantime zur Verteilung. Wie hieraus zu ersehen ist, haben die Gesehndatsgründer ein feines Geschäft gemacht, nachdem es ihnen gelungen ist, den Zentralverband der Bäckerinnungen für ihre Pläne zu gewinnen.

Polizei und Gerichte.

Arbeitswilligen in Dresden. Wegen Beleidigung nach § 185 des Strafgesetzbuches hatten sich im Offizial- verfahren die Schlosser Franz Paul Behold und Edwin Wilibald Quellmalz zu verantworten. Quellmalz wohnt in einem Hause mit der achtzehnjährigen Fabrikarbeiterin Frida Wächter, die während des Schokoladenarbeiterstreiks bei der Firma Hartwig & Vogel als Arbeitswillige be- schäftigt war.

Die „schwierige Lage“ der Richter er- fuhr eine eigenartige Beleuchtung in einem Streitprozeß gegen den Zimmerer Klein, den Metallarbeiter Kunkschke und die Arbeiterin Blau. Die drei Angeklagten sollen die arbeitswilligen Schokoladenarbeiterinnen Wüttner und Paul während des Streiks eines Sonntags auf dem „Dianasaal“ beleidigt haben.

Die Angeklagten hatten sich nun vor der Verhandlung mit den Angeklagten geeinigt und alle Strafanträge zurückgezogen. Das Verfahren hätte demnach eingestellt werden müssen. Als Rechts- anwalt Giese als Verteidiger der Angeklagten vor Eintritt in die Verhandlung das Gericht von dem gütlichen Aus- gleich in Kenntnis setzte, erklärte aber der Amtsrichter Wohlrab, daß er auf Grund von § 158 der Gewerbeordnung trotzdem verhandeln wolle.

schlüpfen, und sie haben es deshalb einmal auf diese Weise versucht, der rächenden Nemesis unter die Arme zu greifen. Als Streikführerinnen hatten sich auch die Arbeiterinnen Alwine Liebchen und Dora Frieda Bischoff Hausdorf zu verantworten. Sie sollen gemeinschaftlich am 18. Oktober die arbeitswilligen Arbeiterinnen Bachmann, Krause, Angermann und Breher durch den Ruf „Streikbrecher“ zu bestimmen versucht haben, auf dem Streik bei der Firma Hartwig & Vogel teilzunehmen und damit den § 153 der Gewerbeordnung verletzt und auch gleichzeitig dadurch groben Unfug begangen haben. Die Angeklagten bestreiten das entschieden. Sie standen an jenem Tage während der Mittagsstunde an der Rosenstraße als die arbeitswilligen Vorübergehenden, hätten sie aber in keiner Weise belästigt. Die als Zeugen vernommenen arbeitswilligen Bachmann und Krause gingen in der Verhandlung in ihren Angaben bedeutend zurück. So konnten sie der Angeklagten Hausdorf überhaupt nichts nachsagen und hinsichtlich der Angeklagten Liebchen vermuteten sie nur, daß sie ihnen das Wort Streikbrecher zurief. Sie haben später einmal ihre Stimme gehört und waren nun der Meinung, daß es damals dieselbe Stimme war, die ihnen das Wort zurief. Es kommt noch hinzu, daß die Zeuginnen nicht einmal eidemündig sind. Die Angeklagten mußten infolgedessen freigesprochen werden. Schließlich soll sich der Arbeiter Kurt Arno Glöckner in Niederbäslach des gleichen Vergehens dadurch schuldig gemacht haben, daß er in Löbtau am Dreikaiserhof arbeitswilligen Schokoladenarbeiterinnen von der Firma Lobed zurief: „Hui Luder, ihr Streikbrecher!“ Als er zu zwei Wochen Gefängnis deswegen verurteilt wurde, konnte er sich eines Lächelns nicht enthalten und er wurde deswegen vom Amtsrichter Rönksch wegen Ungebühr zu einem Tag Haft extra noch verurteilt. (1) Gegen das Urteil hat Glöckner sofort Berufung eingelegt.

Streik- und Boykottführer vor dem Schöffengericht in Döhlen b. Dresden. Vor dem Schöffengericht Döhlen wurde gegen zehn Kollegen verhandelt, die eine Anzahl Bäckermeister des Plauenschen Grundes dadurch beleidigt haben sollten, indem sie vor deren Geschäften Flugblätter des Inhalts:

In dieser Bäckerei dürfen Sie nicht kaufen! Dieselbe hat den Tarifvertrag der Bäckergesellen nicht anerkannt. Hier schmachten die Gesellen noch unter dem Post- und Logiszwang. Hier wird ein erbärmlicher Lohn gezahlt. Hier haben die Gesellen und Lehrlinge das ganze Jahr keinen Ruhetag. Wenn Sie hier kaufen, unterstützen Sie einen Feind des Fortschritts, einen kulturfeindlichen Menschen überhaupt. Sie begehren Boykottbruch! Boykottbruch ist aber der Handlungsweise eines Streikbrechers gleichzustellen. Wollen Sie mit diesen moralisch verkommenen Subjekten nicht auf eine Stufe gestellt werden, dann kaufen Sie hier so lange nichts, bis diese Bäckerei den Tarifvertrag anerkannt hat. Sie haben selbst das größte Interesse, daß die Backwaren unter gesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt werden. Das Gegenteil ist aber jetzt der Fall. — Darum verhängen Sie den Boykott über diese Bäckerei!

verteilt hatten. Die gesperrt gedruckten Stellen wurden als besonders beleidigend hingestellt. Die Worte „moralisch verkommenen Subjekte“ seien auf diese Bäckermeister gemünzt gewesen. Das letztere wurde von den Angeklagten ganz entschieden bestritten. Eine Beleidigung sei überhaupt darin nicht enthalten, sondern nur Tatsachen. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 5 Geldstrafe oder einen Tag Haft. Den Angeklagten wurde die Vergünstigung des § 193 des Strafgesetzbuches zugesprochen. Aus der Form gehe die Absicht der Beleidigung hervor. — Dasselbe Gericht verhandelte gegen einen siebzehnjährigen jungen Mann, der aus Anlaß des Streiks in der Fabrikbranche, bei den Ansammlungen am Deubener Bahnhof eine Arbeiterin, die er für eine Streikbrecherin gehalten hatte, angespuckt hatte. Er wurde zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht empfahl dem jungen Mann, ein Gesuch um Gewährung einer Bewährungsfrist einzureichen, welches gerichtsseitig befürwortet werden soll.

Der Bäckermeister gegen den Gebatter Konditor auf dem Kriegspfade. Mit recht „schmutzigen Waffen“ bekämpfte ein hieherer bayerischer Bäckermeister seine süße, vis-à-vis gelegene Konkurrenz. Die „Münchener Allgemeine Konditorzeitung“ bringt darüber folgenden Bericht:

„Sch... dreckaffäre. Der Konditorei Ulfel, München, Schyrenstraße vis-à-vis gelegene Bäckermeister F. Schwarz glaubt sich veranlaßt, seinem lieben Nachbar Ulfel einen Stein in seinen Garten werfen zu müssen. Nach reiflicher Ueberlegung aber zog er vor, nachdem in München Schwemmsystem eingeführt ist, in einen Behälter-Rübel menschliche Exkremente mit dazugehöriger Sauche zu sammeln und am 30. August und 5. September, nachts zwischen 4 und 5 Uhr, die Auslage und Eingangstür der Konditorei zu überschütten, so daß der flüssige Teil noch einige Meter in das Innere drang. Die Freude des Konditorei-Inhabers über diese Ueberraschungen war überaus groß, so daß er beschloß, sich solange nachts auf die Lauer zu setzen, bis es ihm gelänge, den lieben Freund kennen zu lernen und den gebührenden Dank abstaten zu können. Sinter einem nicht ganz heruntergezogenen Fensterladen saß einige Wochen hindurch, mit seinem Rudel und Revolver bewaffnet, in treuer Wacht Konditor Ulfel. Am 16. September nachts, kurz vor 4 Uhr, hörte er verdächtige Schritte an seinem Laden und glaubte seinen lieben Nachbar Schwarz mit einem Rübel zu sehen, der wieder unzugänglich eine frische Düngung vornahm. Ehe aber Ulfel den Kolladen hochbrachte, hatte der liebe Nachbar Zeit zur Flucht, die der Karo ihm sehr erschwerte und auf Umwegen in Schwarzschen Hause endete. Ulfel schoß nach seiner Aussage hinüber blind, um den Flüchtigen zum Stehen zu bringen. Die Affäre fand sodann ihren endgültigen Schluß mit dem Gerichtsauspruch: 14 Tage brummen. Trotz eingeleiteter Berufung blieb es bei den 14 Tagen, die vom Gericht als noch viel zu billig für einen solchen groben Unfug erachtet wurde.“

Internationales.

Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.

Adresse:

O. Allmann, Hamburg 1, Besenbinderhof 57 (Gewerkschaftshaus).

Adressen der Landeszentralen:

- Amerika.** Otto E. Fischer, 212 Bush Temple, Chicago, Illinois.
- Australien.** D. Moon, Trades Hall, Sydney.
- Belgien.** J. Goossens, Gasmeterlaan 6, Gent.
- Bosnien.** Stojan Devic, Teresiagasse 11, Sarajevo.
- Dänemark.** (Bäcker.) Z. Friis, Raadmannsgade 40, IV, Kopenhagen.
- (Zuckerwaren- und Schokoladenarbeiter.) P. G. Petersen, Obergade 46, II., Odense.
- Deutschland.** O. Allmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57.
- Frankreich.** Syndicat des ouvriers, Biscuitiers, Pain d'épices de la Seine, Paris (France), 35 Rue Jean Jaques Rossea.
- Italien.** G. Agnolini, Florenz, Camera del lavoro.
- Kroatien und Slavonien.** M. Spitzreg, Zagreb (Agram), Ilica 55, I.
- Niederlande.** J. Goudsmit, Jacob van Campenstraat 123, Amsterdam.
- Norwegen.** Jons Nygaard, Youngsgaden 13, III, Kristiania.
- Oesterreich.** (Bäcker.) Franz Silberer, Kandlgasse 12, Wien 7.
- (Zuckerbäcker.) M. Achaz, Gumpendorferstr. 89, Wien 6.
- Schweden.** Anders Sjöstedt, Upplandgatan 2, II., Stockholm.
- Schweiz.** Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter. Zürich, Helvetiaplatz, Volkshaus.
- Ungarn.** (Bäcker.) Koloman Kardics, Rombach utza 6, Budapest.
- (Zuckerbäcker.) Janos Stransky, Budapest VII, Ovoda utza 36/39.

Die organisierten Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen wollen sich bei Arbeitsangebot nach einem andern Lande an die Landeszentrale um Auskunft wenden, ob dem Antritt der Arbeit etwas im Wege steht und sie eventuell als Streikbrecher benutzt werden sollen. Auch über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich erkundigen, damit nicht Kollegen in ein anderes Land gelockt werden, um als Lohndrücker unter den ortsüblichen Bedingungen arbeiten zu müssen.

Das Internationale Sekretariat.

Sozialpolitisches.

Die Ortskrankenkassen im Jahre 1910. Die amtliche Statistik der Krankenversicherung besitzt viele Mängel; auch erscheint sie immer recht verspätet. Der Verlag der „Arbeiterverjorgung“ in Groß-Bichterfelde hat es daher unternommen, eine Zusammenstellung der Ergebnisse der größten Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches vom Jahre 1910 herauszugeben. Die Statistik umfaßt 1300 Kassen. Im allgemeinen hatten die Kassen im Jahre 1910 gute finanzielle Erfolge zu verzeichnen, was seinen Grund in der besseren wirtschaftlichen Konjunktur hatte.

Eine allgemeine Erscheinung der Krankenversicherung ist, daß die Aufwendungen pro Kopf der Versicherten immer mehr steigen. Die Ursache hierfür liegt einerseits in dem ständigen Ausbau der Leistungen der Krankenkassen, so dann aber auch in den gestiegenen Kosten der einzelnen Leistungen, so der ärztlichen Behandlung, der Arzneien, der Krankenhausbehandlung. Am bemerkenswertesten ist dabei das fortgesetzte Steigen der ärztlichen Honorare. Unter den 1300 Kassen sind 270, bei denen der Arzt, der ab und zu mal zu dem Kranken kommt, mehr als der Kranke selbst, der seinem Beruf nicht nachgehen kann und von dem Krankengeld leben soll, erhält. Zum Teil ist das, was einige Ärzte bekommen, mehr als doppelt so hoch als das, was die große Zahl der erwerbsunfähigen Kranken zusammen erhält.

Eine starke Steigerung haben in den letzten Jahren aber auch die Ausgaben für Arznei und Heilmittel erfahren, und es gibt bereits Kassen, bei denen die Ausgaben für diese Dinge ebenfalls höher sind als für Krankengeld. In der Regel sind es die Kassen, die hohe Aufwendungen für Ärzte haben, die auch sehr viel für Arzneien zahlen müssen.

Bei einigen Kassen haben auch die Verwaltungsausgaben eine ziemlich hohe Höhe erreicht. Je kleiner die Kasse, um so höher ist der Betrag, der durchschnittlich auf ein Mitglied an Verwaltungsaufwand entfällt. Die Ortskrankenkasse C Weuthen mit 1364 Mitgliedern zahlte M 3,37 pro Mitglied an Krankengeld, aber M 3,49 an Verwaltungskosten. Auch sonst gibt es noch einige Kassen, bei denen die Krankengelder niedriger waren als die Verwaltungsausgaben.

Die Einziehung der Invalidenversicherungsbeiträge war 371 Kassen übertragen worden. Unter ihnen befinden sich alle Kassen im Königreich Sachsen, Thüringen, Hamburg usw. Die Besorgung der Geschäfte der Invalidenversicherung durch die Krankenkassen hat sich im allgemeinen gut bewährt. Es ist bedauerlich, daß sie nicht allgemein obligatorisch eingeführt ist.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Lohnbewegung in der Mühlenindustrie. Wieder ist mit einer Großfirma in der Mühlenindustrie ein Tarif abgeschlossen worden, der den Arbeitern nennenswerte Vorteile brachte. Mit der Firma Simons' Söhne in Neuz wurde vereinbart, daß die Arbeitszeit für die Mehrzahl des Personals um 20 Minuten bis ¼ Stunden pro Tag ver-

fürzt wird; einige Gruppen haben eine achtkündige Arbeitszeit, die übrigen 10 Stunden. Die Lohnerhöhung beträgt M 3 bis M 6,50 pro Woche. Die Ueberstundenätze wurden um 12 bis 30 % pro Stunde erhöht. Bei militärischen Uebungen und in Krankheitsfällen wird 14 Tage lang die Differenz bis zum vollen Lohne bezahlt. Jeder Arbeiter gleichviel wie lange er im Betriebe ist, erhält jährlich einen Urlaub von einer Woche ohne Lohnabzug.

Auch mit der Großfirma Lange in Düsseldorf, die den feinerzeit mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband getroffenen Friedensbedingungen nicht sinngemäß nachkam, scheinen nun durch neuerliche Vereinbarungen die Differenzen behoben zu sein. In den beiden Betrieben sind 325 Personen beschäftigt.

Der Tarifgedanke macht also auch in der Mühlenindustrie Fortschritte, wenn sich auch einzelne Scharfmacher noch so sehr dagegen sträuben.

Zur Tabakarbeiterausperrung. Noch immer sind die vom Landrat v. Borries in Herford und Oberbürgermeister Höhland in Lemgo geleiteten, aber wegen des geringen Entgegenkommens der ursprünglich bestreikten Firmen störenden Vermittlungsverhandlungen nicht vorwärts gebracht, so daß der Kampf auch ins neue Jahr hinein noch anhalten wird. Immer wieder behaupten die Fabrikanten, die Lage der Zigarrenindustrie lasse keine Lohnerhöhungen in nennenswertem Maße zu; sie wollen allerdings damit nur ihre Unnachgiebigkeit betonen. Die Behauptung der Unternehmer stimmt aber nicht. Ein großer Teil Fabrikanten zahlt höhere Löhne für Zigarren in derselben Preislage und derselben Art, wie sie von den westfälisch-lippischen verkauft werden. Selbst im Ausperrungsgebiet haben im letzten Jahre eine Anzahl Firmen nennenswerte Zulagen gemacht und sind deshalb mit den Arbeitern sehr gut ausgekommen. Das Florieren ihres Geschäfts zeigt, daß es ihnen nicht zum Schaden gewesen ist.

Wenn die Fabrikanten die Summen, um die sie durch die Ausperrung geschädigt werden, zu Lohnaufbesserungen benutzt hätten, so hätte es schon ein Weilchen gereicht; sie hätten jedenfalls in ihrem eigenen Interesse vernünftiger gehandelt. Ein Teil der Fabrikanten zum Beispiel besitzt ungeheure Vorräte an Zigarren, die aber nicht an die Kundschaft gebracht werden können, weil sie nicht verlaufsfähig gemacht werden können; es fehlt an Sortier- und Versandpersonal. Große Kapitalwerte gehen dadurch verloren. Andernteils mangelt es bei einer großen Zahl Fabrikanten wieder an Zigarren; denn der Produktionsausfall ist durch den langen Kampf und die große Zahl der Beteiligten natürlich ein ganz enormer. Auch hier wird den Fabrikanten, da das investierte Kapital brach liegt, ein ungeheurer Schaden; namentlich trifft es die kleineren, weniger kapitalkräftigen Unternehmer sehr schwer, was freilich eine beachtliche Nebenwirkung der im Fabrikantenverband dominierenden Großfabrikanten zu sein scheint. Die Situation, auch von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, zeigt aber, daß die Fabrikanten sich vorgenommen haben, die Organisation zu vernichten, trotz der Möglichkeit befriedigender Lohnzulagen und trotz des ungeheuren Schadens, den die Ausperrung ihnen bringt. Aber die Tabakarbeiter harren aus!

Die achte internationale Gewerkschaftsbericht.

Seit dem Jahre 1904 gibt der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen seinen Bericht über die Entwicklung der Organisationen in verschiedenen Ländern heraus. Nur langsam konnte dies schwierige Unterfangen zu einiger Vollständigkeit gedeihen; und auf der vom 10. bis 12. August 1911 in Budapest abgehaltenen siebten internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen wurde zum ersten Male ein gewisser Erfolg äußerlich zum Ausdruck gebracht, als der Beschluß zustande kam, daß der internationale Bericht vor Schluß des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres erscheinen soll, ohne Rücksicht darauf, ob die Berichte aller Landeszentralen zur Stelle sind. Es fehlen in der am 29. November d. J. abgeschlossenen Zusammenstellung denn auch die Einzelberichte aus Belgien, Bulgarien, Rumänien und den Vereinigten Staaten, die, wie erinnerlich, in dem erst im Frühling dieses Jahres erschienenen Bericht für das Jahr 1909 noch mit enthalten sind. Aber auch aus den Ländern, die jetzt für das Jahr 1910 berichtet haben, vermißt man wichtige Einzelheiten, so namentlich die erforderlichen Mitteilungen über das Kassenwesen. Es ist ja nicht angenehm, daß einem beträchtlichen Teil der internationalen Arbeiterschaft erst das Alphabet der gewerkschaftlichen Organisationsstätigkeit beigebracht werden muß, und so mag es denn den geschulten deutschen Gewerkschaften seltsam klingen, wenn der internationale Sekretär diesmal folgende Selbstverständlichkeiten noch besonders verkindelt:

„Manche Landeszentrale mag dem Zahlenmaterial keine wesentliche Bedeutung belegen. Die Erfahrung in den Ländern, in welchen der Statistik große Bedeutung beigegeben wird, hat aber gelehrt, daß die statistischen Arbeiten diese Bedeutung verdienen. Sie haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darüber belehrt, was ist und ihnen gezeigt, wo einzusetzen ist, Fehlendes zu schaffen, Mangelhaftes zu bessern. Es ist kein Zweifel, daß die Gewerkschaften in den Ländern, in welchen die Gewerkschaftsstatistik gepflegt, die größere innere Festigkeit aufweisen. Es sind eben die Lehren der Statistik, welche bei der Arbeiterschaft die erforderliche Erkenntnisreise herbeigeführt haben.“

Gehen wir auf die im Bericht für das Jahr 1910 gegebenen Zahlen in einzelnen ein, so ist folgendes hervorzuheben: Im Bericht für 1909 war angegeben, daß in den Ländern, für welche Zahlen veröffentlicht worden sind, insgesamt 9845243 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden waren, gegenüber 9308157 im Jahre 1908. Wenn für die Länder, von denen Berichte für 1910 nicht vorliegen, die Zahlen des Vorjahres eingestellt werden, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 10089430 Gewerkschaftsmitgliedern im Jahre 1910. Von diesen entfallen auf (die Zahlen in Klammern sind die für das Jahr 1909): Deutschland 2688144 (2447578), England

2947 461 (2 406 746), Vereinigte Staaten 1710 433 (1 710 433), Frankreich 977 350 (977 350), Italien 788 538 (788 538), Oesterreich 451 230 (451 230), Niederlande 143 850 (143 850), Belgien 135 928 (135 928), Dänemark 123 864 (123 864), Schweden 121 810 (121 810), Schweiz 98 797 (98 797), Ungarn 86 778 (86 778), Norwegen 47 458 (47 458), Spanien 40 984 (40 984), Finnland 24 928 (24 928), Bulgarien 18 758 (18 758), Serbien 7418 (7418), Kroatien 6805 (6805), Bosnien-Herzegowina 6200 (6200). Für Australien sind ebenfalls nach den Angaben des Vorjahres 239 298, desgleichen für Argentinien 22 457 Mitglieder berechnet.

Die dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Mitglieder der Landeszentralen rangieren in folgender Reihe: Deutschland 2 017 298, Vereinigte Staaten 1 710 433, England 710 499, Oesterreich 400 565, Frankreich 400 000, Italien 350 333, Belgien 102 511, Dänemark 101 563, Ungarn 86 478, Schweden 85 176, Schweiz 68 863, Norwegen 46 397, Niederlande 44 120, Spanien 40 984, Finnland 15 514, Rumänien 8515, Serbien 7418, Bosnien 6086, Kroatien 5108.

Die Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften sind, wie schon erwähnt worden, sehr unvollständig. Sie erstrecken sich nur auf 14 Länder mit 5 215 402 Mitgliedern; es fehlen Angaben für fünf Länder mit rund 4 500 000 Mitgliedern. Es wurden in England, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Bosnien, Kroatien, Ungarn, Serbien, der Schweiz und Italien insgesamt M. 148 635 057 verausgabt und M. 140 010 680 verausgabt. Der Verbleib bestand dieser Länder betrug am Schlusse des Jahres 1910 zusammen M. 187 991 935. Für Unterhaltungen wurden M. 69 694 503 verausgabt, für Streiks und Aussperrungen M. 27 862 400. Unter den Unterhaltungen steht die bei Arbeitslosigkeit mit M. 29 416 312 an erster Stelle; dann folgt die Krankenunterstützung mit M. 21 229 155, die Invalidenunterstützung mit M. 8 671 314, die Reiseunterstützung mit M. 4 186 499, Sterbegeld mit M. 3 784 427 und sonstige Unterhaltungen mit M. 2 456 796.

Steht Deutschland hinsichtlich des Pflichtbewusstseins der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder auch so ziemlich an erster Stelle, so doch durchaus nicht, soweit das soziale Pflichtgefühl der Unternehmer in Betracht kommt. Wie sehr nach dieser Richtung hin sich die Gewerkschaften noch Respekt zu verschaffen haben, möge der Umstand zeigen, daß in Deutschland für Ausstände M. 21 992 774 verausgabt werden mußten, in England hingegen nur M. 3 161 816. Die unverhältnismäßig hohe Ausgabe in Deutschland ist auf die Aussperrungen der Bauarbeiter, Werftarbeiter und Holzarbeiter zurückzuführen.

Es ist nun auch noch außerordentlich viel zu arbeiten, bis in den hauptsächlichsten Kulturländern der Erde das Organisationswesen der Arbeiter in Fleisch und Blut übergegangen ist, so darf andererseits nicht der beträchtliche Fortschritt verkannt werden, der innerhalb weniger Jahre gemacht wurde. Im Jahre 1904 waren dem Internationalen Sekretariat erst 12 Landeszentralen mit 2 333 261 Mitgliedern angeschlossen, im Jahre 1910 hingegen 19 Zentralen mit 6 212 406 Mitgliedern. „Verächtlich ist man“, so heißt es in dem vorliegenden Bericht, „daß in den einzelnen Ländern der Stand der Entwicklung der Organisation und die Tendenz und die Taktik der Gewerkschaften eine äußerst verschiedene ist, so kann man von einem großen Fortschritt auf internationalem Gebiet in verhältnismäßig kurzer Zeit sprechen.“ Die deutsche Arbeiterschaft aber kann stolz darauf sein, daß sie zu diesem Fortschritt in erster Reihe beigetragen hat und auch hier in den meisten Stücken für die übrigen Länder vorbildlich geworden ist.

Die amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1910. Das Arbeitsamt des Staates Newyork hat kürzlich eine schätzenswerte Uebersicht über den Mitgliederbestand der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten und in Kanada gebracht. Wie der Bericht betont, ist eine genaue Feststellung leider nicht möglich, auch können die Ziffern für die Vereinigten Staaten und für Kanada nicht getrennt aufgeführt werden, da viele amerikanische Trade Unions sich über beide Staaten erstrecken und in ihren Statistiken keine Trennung durchführen. Der Mitgliederbestand der wichtigsten Gewerkschaften wird durch folgende Ziffern veranschaulicht:

Amerikanische Arbeiterföderation	1562112 Mitglieder
Vier unabhängige Eisenbahnverbände	289186 "
Acht andere unabhängige Gewerkschaften	154897 "
Westliche Bergarbeiterföderation	49908 "
Zusammen	2056158 Mitglieder

Die für die amerikanische Arbeiterföderation gegebene Uebersicht gründet sich auf die Mitteilungen der Föderation über die von den einzelnen Gewerkschaften an sie abgeführten Kopfbeiträge ihrer Mitglieder. Doch ist die wirkliche Ziffer jedenfalls bedeutend höher; sie wurde von dem Sekretär auf 1 744 444 im September 1910 geschätzt.

Was die übrigen Verbände anbelangt, so wurden ihre Mitgliederziffern zum Teil durch die Sekretäre der einzelnen Gewerkschaften mitgeteilt, zum Teil wurden sie auf Grund der den Mitgliedern gewährten Unterstützungen ermittelt.

Keine Zahlen waren zu erlangen über die Mitgliederzahl einiger anderer Gewerkschaftsverbände, so der „Mitarbeiter der Arbeit“, der „Industriellen Arbeiter der Welt“ und anderer. Bieht man alle diese Umstände in Betracht, so würde sich für sämtliche Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten und in Kanada ein Schätzwert von 21 625 000 Ende des Jahres 1910 ergeben, das sind 125 000 Mitglieder oder 5 pzt. mehr als zu Ende des Vorjahres.

Die gesamten finanziellen Leistungen der nordamerikanischen Trade Unions an ihre Mitglieder bezifferten sich im Jahre 1910 auf M. 9 754 000 (gegenüber M. 57 926 565, die allein in den freien Gewerkschaften bei uns an ihre Mitglieder für Unterstützungen zahlten). Die einzige Unter-

stützungsart, die allen Unions gemeinsam zu sein scheint, ist die Sterbeunterstützung. Auf sie entfielen im letzten Jahre M. 5 725 560. Krankenunterstützung wurde in Höhe von M. 2 996 520 gezahlt, Reiseunterstützung in Höhe von M. 178 780, Arbeitslosenunterstützung in Höhe von M. 824 200. Der für Arbeitslosenunterstützung aufgewandte Betrag erreichte im Berichtsjahre nur zwei Fünftel der Höhe der im Jahre 1909 diesem Zwecke zugewandten Summe.

Allgemeine Rundschau.

Göttliche Weltordnung! Der Menschheit Jammer enthält die Massenvergiftung in einem Berliner Obdachlosenasyl als Weihnachtsgabe der gottgegebenen Weltordnung! Behntausende, ärmer als der Sperling unter dem Dache, nächtigen in den Ashlen, wenn sie Glück haben, sonst sind Korbbögen, öffentliche Anlagen usw. die Stätten, an denen sie ihr müdes Haupt niederlegen. Millionen Proletarier haufen in stallähnlichen Wohnungen in dumpfen, licht- und luftlosen Räumen — und einige wenige Bevorzugte nennen Paläste, Wälder und Felder in gewaltiger Ausdehnung ihr eigen. Millionen Volksgenossen verkommen in Not und Elend. Eine Illustration zum herrschenden Massenelend liefert die folgende Zusammenstellung: Die Herzöge von Ujest, Ratibor, die Fürstinnen von Pleß, zu Stolberg-Bernigerode und Prinz Hohenlohe-Ingelfingen nennen allein 164 291 ha ihr eigen. 248 Großgrundbesitzer in Schlesien besitzen zusammen 4 19 939 ha. Herzog von Ujest, Fürst Pleß, Prinz Hohenlohe, Frau Krupp, Fürst Wendell-Donnersmarck, Freiherr von Goldschmidt-Rothschild, Witwe Rothschild, Graf Tiele-Winkler, Kommerzienrat Henschel, Ernst von Mendelssohn,

Verbandsmitglieder!

Besucht ohne Ausnahme die in den nächsten Wochen stattfindenden Generalversammlungen in Euren Zahlstellen! Bei den dort vorzunehmenden Wahlen zu den verschiedenen Verwaltungsposten handelt es sich darum, solche Kollegen oder Kolleginnen mit der Führung der Geschäfte zu beauftragen, die das Vertrauen aller Mitglieder besitzen und sich als zuverlässig und befähigt erwiesen haben. In diesen Versammlungen soll außerdem ein Rück- und Ausblick auf die gesamte Tätigkeit der Organisation am Orte geworfen werden. Es ist somit Pflicht eines jeden Mitgliedes, unbedingt zu erscheinen. Wir ermahnen insbesondere auch die weiblichen Mitglieder, sich dieser Pflicht bewusst zu sein!

Freiherr von Stumm, Stinnes und Thyssen hatten im Jahre 1908 bereits M. 1 400 000 000 Vermögen und ein Einkommen von rund M. 84 000 000. Dieses Einkommen entspricht dem Durchschnittsjahreseinkommen von 64 000 Industriearbeitern. Frau Krupp brachte es in den letzten sieben Jahren auf rund 100 Millionen Mark „Verdienst“. Von einem solchen Einkommen müssen ungefähr 100 000 Familien ein Jahr lang leben. Für die Konser-vierung solcher wahnsinniger Zustände kämpfen alle bürgerlichen Parteien!

Der Wahnsinn der Kriegsheerei! Die Wahnsinnig- und Gemeingefährlichkeit eines europäischen Krieges zeigt sinnfällig ein Blick auf die Außenhandelsstatistik. Dr. Kreuzkam macht über die Entwicklung des Welt Handels folgende sehr interessante und lehrreiche Aufstellung:

Jahr	Wert der gesamten		Wert des gesamten Umlages (in Mill. Mark)
	Einfuhr (in Mill. Mark)	Ausfuhr (in Mill. Mark)	
1867	23114	20900	44214
1877	29457	27108	56565
1880	34262	29561	63823
1885	32979	28814	61693
1890	39787	34456	74243
1895	38179	36369	74548
1900	48460	41837	90297
1905	59419	58048	117465
1906	64445	58469	122914

Der Löwenanteil aller dieser Umsätze entfällt auf Europa, er machte im Jahre 1906 M. 77 955 800 000 aus (und zwar M. 43 417 400 000 in der Einfuhr und M. 34 538 400 000 in der Ausfuhr). Der Reihenfolge nach kommen zunächst Nord- und Südamerika mit M. 23 753 700 000 (und zwar in der Einfuhr mit M. 10 792 400 000 und in der Ausfuhr mit M. 12 961 300 000). Dann folgt Asien mit M. 13 299 500 000 (Einfuhr M. 6 458 900 000, Ausfuhr M. 6 845 600 000), weiter Afrika mit M. 4 874 100 000 (Einfuhr M. 2 482 000 000, Ausfuhr M. 2 392 100 000), Australien mit M. 2 990 500 000 (Einfuhr M. 1 299 300 000, Ausfuhr M. 1 691 200 000). Was die Umsätze Amerikas betrifft, so entfällt der größere Teil auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, nämlich M. 12 992 000 000 (Einfuhr M. 5 547 000 000, Ausfuhr M. 7 445 000 000).

Die Riesenzahlen lassen erkennen, in welchem Maße die Kulturvölker auf den Güteraustausch angewiesen sind. Ein Krieg würde die Handelsbeziehungen erheblich stören, unermessliche Verwüstungen anrichten, unzählige Existenzen zerstören, Hunger, Not und Entbehrungen für Millionen Menschen im Gefolge haben. Trotzdem: die Alldeutschen, die Nationalliberalen, Konserwativen und Ultramontanen hegen zum Kriege!

Die Gesundheitsverhältnisse der Berliner Gemeindefürsorge. In Berlin sind 220 000 Schulkindern 50 Schulärzten unterstellt, so daß auf einen Arzt nicht weniger als 4500 Kinder kommen. Es ist selbstverständlich, daß bei einer derartigen Ueberlastung der Schulärzte an eine eingehende Behandlung nicht zu denken ist. Trotzdem liefern ihre Berichte sehr viel interessantes Material, weil sie Einblick in die Gesundheitsverhältnisse der Schulkinder erhalten wie wenig andere Ärzte. Man sieht aus den Berichten, daß der größte Teil der Arbeiterkinder mit allen möglichen Krankheiten behaftet zur Schule gehen muß, einmal, weil es an der genügenden Nahrung fehlt, zum andern Mal, weil die Kinder in den schlechtesten Wohnungen leben müssen. Von 34 000 Kindern, die zur Schule kamen, um neu einzutreten, mußten 8000 wieder nach Hause geschickt werden, weil sie noch zu schwach oder geistig zurückgeblieben waren. Das sind fast 10 pzt. Der ungenügende Kräftezustand ist auch häufig die Ursache, daß Kinder stets unter ärztlicher Aufsicht stehen müssen. Die Fälle dieser Art machen 15 pzt. vom Hundert aus. Die Schulärzte konstatierten ferner, daß 7850 Augenleiden, 3413 Verkrümmungen der Wirbelsäule, 8094 Tuberkulose und 3278 Lungenerkrankungen bei den Kindern zu finden waren. Die schlechten gesundheitlichen Verhältnisse werden auch darauf zurückgeführt, daß die Mütter unterernährt sind und deshalb die Lebenskraft der Proletarierkinder, die sie auf die Welt bringen, viel geringer ist als bei andern Kindern. Kommt nun auch für das Kind Unterernährung, mangelnde Pflege und schlechte Wohnung hinzu, so können keine gesunden Kinder emporkommen. Es fehlt diesen jungen Pflanzen eben das notwendigste: Luft und Sonnenchein.

Ungeachtet solcher Tatsachen, die nicht von sozialdemokratischen Agitatoren, sondern von bürgerlich denkenden und fühlenden Männern zusammengestellt sind, wagen es Ministerpräsidenten, davon zu reden, daß die Arbeiter sich an zu anspruchsvolle Lebensverhältnisse gewöhnt haben. Immer wieder müssen wir es hören, daß die Teuerung ihre Ursache in dem steigenden Luxus und den zunehmenden Lohnforderungen haben. Und dabei gehen die Kinder der Arbeiterschaft zugrunde, weil sie elend zur Welt kommen und dann in Not und Armut sterben müssen.

Die Reglementierung der Prostitution, d. h. die Eintragung in eine besondere Dirnenliste und die regelmäßige ärztliche Untersuchung der Prostituierten, das Bestehen einer besonderen Sittenpolizei, ist eine jener Maßnahmen, über deren Zweckmäßigkeit heute noch nicht die Akten geschlossen sind. Man hat beobachtet, daß in Ländern, in denen die Reglementierung eingeführt wurde, eine größere Sorglosigkeit der männlichen Bevölkerung gegenüber den gesundheitlichen Gefahren der Prostitution eintrat, so daß die Zahl der venerischen Erkrankungen nicht geringer, sondern größer wurde. Umgekehrt hat die Aufhebung der Reglementierung zu einer Zunahme der Vorfälle, des Selbstschutzes geführt. Interessant sind in dieser Beziehung die von dem englischen Registrar general über die Wirkung der Reglementierung in England veröffentlichten Ziffern. Es wurden in der Zivilbevölkerung von England und Wales seit Abschaffung der Reglementierung im Jahre 1884 gezählt:

	Todesfälle an Geschlechtskrankheiten auf 1 Million Einwohner	Todesfälle durch vererbte Geschlechtskrankheiten auf je 1 Million Kinder unter 1 Jahr
1884	95	280
1890	81	197
1895	80	192
1900	68	146
1905	64	151
1907	58	138

Es hat also eine dauernde Verminderung der Todesfälle durch Geschlechtskrankheiten stattgefunden, ebenso wie auch die Erbsphärisis stark zurückgegangen ist.

In Deutschland ist die Prostitutionsfrage nicht einheitlich geregelt. Im allgemeinen ist bei uns die Reglementierung eingeführt, wobei der Erlaß besonderer Ausführungsbestimmungen der Polizei überlassen ist. Der Vorentwurf zum neuen Reichsstrafgesetzbuch nimmt zur Reglementierungsfrage keine scharfe Stellung ein. Er legt den Erlaß von Vorschriften, die „zur Förderung der Gesundheit und des öffentlichen Anstandes notwendig sind“, in die Hände der Polizeibehörden; doch soll der Bundesrat die Grundzüge, nach denen diese Vorschriften zu erlassen sind, bestimmen.

Kaffeeverfälschungen. Vor Verfälschungen des Kaffees warnt ein Runderlaß des preussischen Ministers des Innern. Es heißt dort:

„Häufiger werden geröstete Samen von Hülsenfrüchten, die den Kaffeebohnen in der Größe, im Aussehen und in der Form ähnlich sind, dem gebrannten, ungemahlene Kaffee zugefügt. Solche Mischungen dürfen keinesfalls unter der Bezeichnung „Kaffee“ in den Verkehr gebracht werden. Die Leguminosensamen stellen ein dem Kaffee fremdartiges Naturerzeugnis dar, das diesem zwar äußerlich ähnlich, dessen Zusammensetzung und Beschaffenheit dagegen von derjenigen der Kaffeebohnen durchaus verschieden ist. Vor allem sind die Leguminosensamen frei von dem in den Kaffeebohnen enthaltenen Caffein, auf welches besonders die anregenden physiologischen Wirkungen beim Genuß des Kaffeegetränkes zurückzuführen sind, so daß schon aus diesem Grunde die Beimischung unter den Begriff der Nahrungsmittelverfälschung fällt. Andere Verfälschungen des Kaffees erfolgen beim Handel mit Kaffee in gemahlener Zustände. Insbesondere wird darüber geklagt, daß Kaffeeerersatzstoffe oder Gemische dieser mit gemahlener Bohnenkaffee unter täuschenden Phantasiebezeichnungen als Kaffee-mischungen oder mit einer ganz unzureichenden Deklaration ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung in den Verkehr gebracht werden. So wurden in letzter Zeit in sogenannten Bruchkaffee-mischungen bis zu 30 pzt. Surrogate festgesetzt, und zwar vorwiegend Bichorie, Eichele, Roggen, Hüben, Feigen und Mais. Einige Proben enthielten neben verschiedenen Surrogaten auch noch bis zu 10 pzt. Steine, die in der Farbe den Surrogaten gleichen und infolgedessen nicht ohne weiteres wahrnehmbar waren. Die mit der Kontrolle des Nahrungsmittelverkehrs betrauten Stellen, ins-

besondere die Nahrungsmitteluntersuchungsämter, sind angewiesen worden, den Kaffeefälschungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden."

Für die Arbeiterinnen.

ssc. Frauen- und Kinderarbeit in der Industrie im Jahre 1910. In dem jüngst erschienenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches werden die Ziffern über die Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern in den der Gewerbeaufsicht unterstellten Fabriken...

Table with columns: Beschäftigte, 1908, 1909, 1910, Zunahme 1908-1910 in pSt. Rows include Arbeiterinnen 16-21 Jahre alt, Erwachsene Arbeiterinnen, Jungeleute von 14-16 Jahren, and Kinder unter 14 Jahren.

Über 1 1/2 Million erwachsener Fabrikarbeiterinnen waren im letzten Jahre in deutschen Fabriken und Bergwerken beschäftigt! Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der über 21 Jahre alten Arbeiterinnen rascher zunimmt...

Endlich stellt der Bericht noch 12 870, trotz des Kinderschutzgesetzes, in Fabriken und Bergwerken beschäftigte Kinder unter 14 Jahren fest. Dabei ist die Zahl dieses unglücklichen Kinder sogar in der Zunahme begriffen.

Literarisches.

"In Freien Stunden". Zur Erlangung einer neuen Umschlagszeichnung sowie einer Titel- und Schlussbignette für die Zeitschrift "In Freien Stunden" hat der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin, ein Preisausschreiben veranstaltet...

Schon die am 1. Januar zur Ausgabe gelangende Nummer (Nr. 1) des neuen Jahrganges präsentiert sich in dem neuen Gewande und wird hoffentlich den Beifall der Leser von "In Freien Stunden" finden.

Hand in Hand mit der illustrativen Ausgestaltung der Wochenschrift geht das Bestreben, für besonders wertvolle Romane und Novellen Sorge zu tragen.

In demselben erscheinenden ersten Heft des neuen Jahrganges gelangt der berühmte soziale Roman Germinal von Emile Zola zum Abdruck, über den wir in einigen Zeilen folgendes sagen wollen:

Der Dichter führt uns in ein Bergarbeiterdorf und führt uns tief in den Schacht, wo fern der Sonne und Freude ein ganzes Heer von Männern, Frauen und Kindern im Schweiß ihres Angesichts um erbärmlichen Hungerlohn schaffen. Wer nie in Wirklichkeit ein Bergwerk gesehen - hier steht es ihm mit all seiner Finsternis, all seinen Schreden deutlich vor Augen.

Und der Riese Proletariat erwacht. Langsam nur und mit schwer blinzelnden Augen. Unsicher und tastend. Gaben sich die Väter und Großväter nicht flaglos geopfert? Und nun, mit einem Male, sollen die Arbeiter auch ein Recht auf Leben und Freude haben?

schlägt dem Fuß den Boden aus. Der Streit ist da. Der Streit einer unorganisierten, schlecht disziplinierten Masse - nicht zu vergleichen mit den zielklaren Gewerkschaftskämpfen der Gegenwart - und doch ein opferbereites, schier übermenschliches Ausharren und Ringen...

Die Darstellung dieses Kampfes, sein Werden und seine Entwicklung, geeignet an der Masse und einzelnen Arbeiterthpen, das erste Aufkeimen von sozialistischer Erkenntnis und solidarischer Tugend - all dies hat sich unter der Hand des Dichters zu einem Meisterstück geformt...

Darum sollte jeder Arbeiter, jede Arbeiterin diesen Roman lesen. Und wer ihn schon kennt, lese ihn wieder; denn er ist nie "aktueller" gewesen als heute, da die deutsche Bergarbeiterschaft wieder und wieder die grollende Stimme erhebt...

Der Kunstmalers Damberger in München hat es übernommen, die padendsten Szenen des Romans im Bilde vorzuführen.

Außer dem Hauptroman gelangen in den Heften noch zum Abdruck: Novellen, Erzählungen, Humoresken, populäre wissenschaftliche Aufsätze; ferner kürzere Notizen aus allen Gebieten des Lebens sowie Anekdoten, Witze und Scherz.

"In Freien Stunden" erscheint wöchentlich zum Preis von 10 S pro Heft. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Zeitungs Expeditionen entgegen. Probenummern und Prospekte sendet auf Wunsch kostenlos der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Friseur. Protokoll der zweiten Internationalen Friseurkonferenz am 22., 23. und 24. August 1911 in Zürich. 47 S. Verlag Fr. Eckhorn, Berlin.

Verband der Zigarrenfortierer. Protokoll der Verhandlungen der außerordentlichen Generalversammlung. Abgehalten zu Dresden vom 4. bis 6. September 1911. 40 S. Selbstverlag.

Metallarbeiterverband. Die Arbeitszeiten in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands. 176 S. Selbstverlag. Krieg, Zusammenbruch und Revolution. Von J. Karstl. Agitationsausgabe (1. bis 10. Tausend) Preis 10 S. 82 S. Verlag der Leipziger Buchdruckerei U. G.

Anzeigen.

Unsere werten Kollegen Fr. Mikolaischzik und Walter Gernhard nebst ihren lieben Bräuten Frieda Holtz und Louise Reich die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung! Die Kollegen der Konsumbäckerei Tangermünde.

Unserm Kollegen Franz Kollmann nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! Zahlstelle Schweinfurt.

Ein fröhliches neues Jahr! wünscht allen Münchner Bäcker- und Konditorgehilfen Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/1, Mg.

Zürich (Schweiz) :: Bäcker. Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, "Gasthaus zum hinteren Stern", empfiehlt sich den organisierten Bäckerarbeitern bestens. Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler.

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle. Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Zahnersatz nach 40jähriger Erfahrung W. Gorn, Eimsb. Chaussee 2, v. 10-5 Frau Gorn, Eppendorfer Landstr. 95

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

- Sonntag, 7. Januar: Bremerhaven (Generalversammlung): 8 Uhr im "Bayerischen Hof", Lange Straße 18. Coburg: 8 Uhr, "Neue Welt". Erfurt: Bei Hahn, zum Museum, Karlsplatz. Dortmund: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bessingstraße. Duisburg: 8 Uhr im "Bienenhaus", Friedrich-Wilhelm-Platz. Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. Flensburg: 2 Uhr bei Andresen, Nordertorvierhülle. Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschaftshaus, Oderstr. 51. Geesthacht: 3 1/2 Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. Gera: Generalversammlung: 8 Uhr, "Zum Hainberg". Hof: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Silberheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gochsenstr. 23. Landshut (Generalversammlung): Im "Hofbräu", Neustadt 444. Limbach i. S.: 8 Uhr in der "Karlsburg", Karlsstr. 14. Lübeck: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. Mensewitz: 8 Uhr, "Zum deutschen Kaiser". Plauen i. V. (Generalversammlung): 8 Uhr im "Schillergarten". Potsdam: 2 Uhr bei Bruchhinski. Rottorf: 2 1/2 Uhr, Beguinenberg 10. Schmölla: 2 Uhr in der "Germania", Grimmischauer Straße. Schweinfurt (Generalversammlung): 2 Uhr, "Zum wilden Mann". Stadthagen (Generalversammlung): 4 Uhr bei Wedderhahn, Echtenstraße. Sulz: 8 Uhr in Domburgs "Anstalt". Tangermünde: 8 Uhr im "Kaiserhof", Lange Straße 47. Thorn: 2 Uhr. Ulm: 8 Uhr im Restaurant "Hohentwiel". Wegefac: 4 Uhr, Gerhard-Rolfs-Straße 55. Weimar: 8 Uhr im Volkshaus.

Montag, 8. Januar: Verford: 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kurfürstenstr. 8.

Dienstag, 9. Januar: Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. Göttingen: 5 Uhr bei Simmer, Gartenstr. 1. Halle a. d. Saale (Bäcker): 8 Uhr, "Zu den drei Königen", Klausstr. 7. Hamburg-Altona (Konditoren-Bachgehilfen): 8 1/2 Uhr bei Paetow, Kaiser-Wilhelm-Straße 77. Heidelberg: 8 Uhr, "Zum goldenen Römer", Hauptstraße 41. Rosenheim: Im "Frühlingsgarten".

Mittwoch, 10. Januar: Augsburg: Im "Wittelsbacher Hof", Jesuitengasse. Grimnitzschau: 5 Uhr in der Zentralherberge. Hamburg-Altona (See fahrende): 8 Uhr, bei Pfeifer, St. Pauli,

Silberackstr. 15. - Somburg v. d. S.: 8 Uhr, "Zur neuen Brücke". - Plineburg: 2 Uhr bei Wulf. - Straßburg i. Elsaß (Bäcker): Im "Vogelgefäng", Schiffleutstaden 7. - Striegan i. Schl.: Im Sauer's Lokal, Wilhelmstraße. - Waldburg i. Schl.: "Zur Sandmühle".

Donnerstag, 11. Januar: Cassel: 8 Uhr im neuen Gewerkschaftshaus, "Kleiner Stadtpart", Obere Karlsstr. 13. - Cottbus: 8 Uhr bei Piesl, Schloßstr. 12. - Erlangen: "Zum goldenen Hecht", Glockenstraße. - Gotha: 8 Uhr im Volkshaus, "Zum Mohren". - Hanau: 8 Uhr, "Zur Stadt Frankfurt", Kanalplatz 6. - Karlsruhe: 8 Uhr im Restaurant "Zur Karlsburg", Akademiestr. 30. - Kaiserlautern: 4 Uhr, "Zur Burg", Steinstr. 20. - Markredwitz: Im "Alder". - Meß: 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße. - Schönebeck: Im "Bürgerhaus", Breiter Weg. - Wernigerode: "Zur Stadt Braunschweig", Hinderststraße. - Würzburg: 8 Uhr, "Zum goldenen Hahn".

Freitag, 12. Januar: Braunschweig (Bäcker): 8 1/2 Uhr im "Fürstenhof", Stobenstraße. - Halle a. d. S. (Konditoren und Fabrikbranche): 8 Uhr, "Zu den drei Königen", Klausstraße 7.

Sonntag, 13. Januar: Lüdenscheid: 8 1/2 Uhr im "Ratskeller", Herzogstr. 3.

Sonntag, 14. Januar: Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Bergeborf: 8 Uhr, "Deutsches Haus", Sachsenstraße. - Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. - Brandenburg (Generalversammlung): Vorm. 11 Uhr, "Deutsches Haus", Steinstr. 32. - Eisenach: 2 Uhr, "Zur Loreley", Alexanderstraße. - Offen a. d. R.: Vorm. 10 Uhr im Restaurant "Bürgerhalle", Rottstr. 29. - Pfort i. d. Lausitz (Generalversammlung): 8 Uhr, "Zur Gerichtslaupe", Bahnhofstraße. - Pöden-Schwerte: Vorm. 10 Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstraße. - Silberheim: Generalversammlung. - Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Minden i. Westf.: 4 Uhr im "Kolosseum", Hermannstraße. - Neuf: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimers, Furterstr. 110. - Plauen i. V.: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus "Schillergarten". - Neuscheid: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. - Saarbrücken: 8 Uhr im "Zwoli", Gerberstr. 26. - Solingen: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Wittenberg (Halle): Vorm. 10 Uhr, "Zur Einigkeit", Lötterstr. 1. - Wolfenbüttel: 4 Uhr bei Friede, Fischerstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Eichenbinderhof 57. - Verlag von D. Ullmann, Hamburg. - Druck, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Marx & Co. in Hamburg.